

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 74

24. JULI 1990

50 Pfennig

Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter

Gorbatschow schließt Pakt mit Viertem Reich

Am 16. Juli erklärten Michail Gorbatschow, Präsident der UdSSR, und Kanzler Helmut Kohl, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zum antisowjetischen NATO-Bündnis gehören wird. Damit hat der Kreml endgültig die Zustimmung zum Marsch auf ein neues Deutsches Reich gegeben. Trotz des ganzen Schwindels über ein „netteres, sanfteres“ Viertes Reich des deutschen Imperialismus jagt dieser Vorstoß vielen Menschen einen Schauer über den Rücken, und nicht nur in der Sowjetunion.

Angesichts der tödlichen Krise des Stalinismus in ganz Osteuropa verkünden beide Seiten, der Kalte Krieg sei vorbei. Aber Mitarbeiter des Weißen Hauses erklären triumphierend: „Wir haben gesiegt, ihr habt verloren.“ Wenn die Welt aus der Nachkriegszeit rauskommt, dann nur, um in eine Vorkriegszeit einzusteigen. Die Teilung Europas, festgelegt 1945 in Jalta und Potsdam, spiegelte die Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee wider. Eine imperialistische neue Ordnung in Europa, dominiert von einem wiedervereinigten NATO-Deutschland, bedeutet einen großen Schritt hin zum Dritten Weltkrieg.



Der Spiegel

Bundeswehr: europäische NATO-Kraft Nr. 1

Schon auf dem imperialistischen Gipfeltreffen in Houston zeigte sich die wachsende Spannung zwischen den niedergehenden USA und den von den wiederaufsteigenden Mächten Deutschland und Japan geführten Blöcken. Und während Gorbatschow nach dem Übereinkommen mit Kohl über den Eintritt in eine Epoche des „starken, langanhaltenden Friedens“ schwärmte, erklärte Kohl: „Warum sollten nicht die Deutschen und die Sowjetunion als erste einen Nichtangriffspakt abschließen ...?“ All das beschwor Bilder von Neville Chamberlain, der 1938 das Münchner Abkommen hochhielt und behauptete, „Frieden in unserer Zeit“ gebracht zu haben. Der letzte sowjetisch-deutsche „Nichtangriffspakt“ war das Vorspiel zu Hitlers Operation Barbarossa, dem Überfall auf die UdSSR im Juni 1941.

Vor vier Monaten schwor der sowjetische Präsident, daß für ein wiedervereinigtes kapitalistisches Deutschland die NATO-Mitgliedschaft „absolut nicht in Frage komme“. Mr. Da (Herr Ja) behauptete, der Positionswechsel sei durch den NATO-Gipfel in London Anfang dieses Monats möglich gemacht worden. Imperialistische Führer gaben dort einige „friedliebende“ Geräusche von sich, während die NATO-Häuptlinge sich nicht einmal pro forma gegen einen atomaren Erstschlag aussprachen – gegen den der Warschauer Pakt jahrelang Stellung bezogen hatte –, sondern versprachen nur, einen atomaren Angriff auf die Sowjetunion zu vermeiden, außer im „äußersten Notfall“.

Gorbatschow nannte es „Realpolitik“. Als Gegenleistung kriegte die NATO die vorbehaltlose Verpflichtung der UdSSR, bis Ende 1994 alle Truppen aus Ostdeutschland zurückzuziehen. Die Sowjets kriegten nichts außer dem Versprechen, die Bundeswehr um etwa 100 000 Mann auf 370 000 zu reduzieren. Dies wurde verkauft als 45prozentige Reduzierung der deutschen Truppenstärke – dabei wurde die NVA, die sowieso nach vollständiger Wiedervereinigung gesäubert und entwaffnet werden soll, dazugerechnet (in ihrer früheren Stärke). Mittlerweile bleibt das atomare NATO-Arsenal auf westdeutschem Boden, und deutsche Einheiten, die zum integrierten NATO-Kommando gehörten, rücken bis zur polnischen Grenze vor.

Die sowjetische Bevölkerung verlor über 20 Millionen Menschenleben, als sie die Nazi-Invasoren zurückschlug und Osteuropa vom Dritten Reich befreite. Solche Erinnerungen werden nicht leicht ausgelöscht. Ein Kriegsveteran sagte erbittert: „Ich befürchte, die Geschichte könnte sich

Fortgesetzt auf Seite 12

Demonstranten fordern weltweit: Rettet Mumia Abu-Jamal!

In den vergangenen drei Wochen haben Kundgebungen und Demonstrationen in den ganzen USA sowie in Paris, Berlin, Hamburg, Toronto, London und Sidney Hunderte von Sozialisten, Gewerkschaftern, Aktivisten zur Befreiung der Schwarzen, Antifaschisten und Gegnern der Todesstrafe zusammengebracht, um das Leben von Mumia Abu-Jamal, einem politischen Gefangenen in der Todeszelle, zu retten. Das Partisan Defense Committee/U.S. hatte zum Jahrestag der Verurteilung von Jamal am 3. Juli 1982 die Initiative zu dieser Kampagne von Demonstrationen ergriffen, die zusammenfiel mit dem Jahrestag der Wiedereinführung der Todesstrafe durch den Obersten Gerichtshof der USA 1976 am Vorabend zur Zweihundertjahrfeier der amerikanischen Unabhängigkeit. Wie Wadja, Jamals Frau, auf der Kundgebung in New York sagte: „Dieses Datum bedeutet für mich Erinnerungen, die nichts zu tun haben mit amerikanischer Unabhängigkeit – sondern alles zu tun haben mit amerikanischer Rache.“

20 Jahre lang – seit er als 14-jähriger schon Sprecher der Black Panther Party wurde und später für seine Unterstützung für die Organisation MOVE und als prominenter Journalist bekannt wurde – ist Jamal Zielscheibe von Philadelphias schießwütigen rassistischen Bullen gewesen. Jamal, vielen bekannt als die „Stimme der Entrechteten“ wegen seiner Verteidigung der armen und unterdrückten Minderheiten, wurde 1982 durch fabrizierte Anklagen beschuldigt, er habe einen Bullen in Philadelphia getötet. Heute wird sein Name zu einem Protestruf gegen die rassistische Todesstrafe.

Die Proteste, die am 28. Juni in New York mit einer Kundgebung von 150 Leuten begannen, verdeutlichten die wachsende Unterstützung der Arbeiterbewegung bei dem Kampf, Jamals Leben zu retten. Cleveland Robinson,

ein prominenter Gewerkschaftsführer in New York City mit fünf Jahrzehnten Kampferfahrung in der Arbeiterbewegung, erzählte von seiner Arbeit im Scottsboro-Fall, bei dem in den 30er Jahren gegen neun schwarze Jugendliche Anklagen wegen Vergewaltigung fabriziert wurden. Er sagte, in bezug auf Jamal: „Wenn es uns gelingen soll, das Leben von diesem Kollegen zu retten, und das der anderen, die dort sind, dann brauchen wir eine starke kämpferische Gewerkschaftsbewegung.“

Auf der Kundgebung vom 29. Juni in Paris wurde von der CGT, Frankreichs größtem Gewerkschaftsverband, der Millionen von Arbeitern repräsentiert, eine Erklärung verlesen, in der es heißt: „Die CGT schließt sich der internationalen Verteidigungskampagne an, um die Rettung des Lebens von MUMIA ABU-JAMAL zu fordern.“ Am 4. Juli kamen in Toronto 100 Leute vor das Konsulat USA, um zu verlangen, daß Jamal nicht sterben darf. Darunter waren Banner vom Metro Toronto Labour Council, der 180 000 Gewerkschafter repräsentiert, und vom United Transportation Union Local 483. Am 6. Juli versammelten sich über 85 Leute im Londoner Schwarzenviertel Brixton, vor fünf Jahren Schauplatz von brutalem rassistischen Bullenterror. Paul Trehwela, Mitherausgeber von *Searchlight South Africa*, sagte dort: „Südafrika, als die Hinrichtungshauptstadt der Welt, sieht seine eigene Zukunft im elektrischen Stuhl des Staatsgefängnisses von Huntingdon in Pennsylvania“, wo Jamal die Hinrichtung droht.

Hier in Deutschland, wo faschistische Überfälle auf Immigranten, Juden und Linke sprunghaft zunehmen als Teil vom kapitalistischen Anschluß der DDR, hatte das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) zu Demonstrationen am 3. Juli aufgerufen, um das Leben von Jamal zu retten. Die Protestkundgebungen wurden unterstützt von Überlebenden des Holocaust, Immigrantenorganisationen, führenden Gewerkschaftern, darunter die Vorsitzenden der Mediengewerkschaften in Ost- und Westdeutschland, linken Gruppen und Mitgliedern der PDS sowie von der Amerika Gegeninformationspresse (Agipa-Press) in Bremen, die bereits sehr viel getan hat, um für die Unterstützung von Jamal zu mobilisieren.

In Hamburg gab es vor dem Konsulat der USA eine Kundgebung mit 60 Teilnehmern, darunter iranische Linke, Antifaschisten und Unterstützer von Agipa-Press, die Unterschriftenlisten mit 1300 Namen mitbrachten. Weitere 60 versammelten sich in Ostberlin vor der Botschaft der USA, trotz der einschüchternden Präsenz von 200 Bullen mit Wasserwerfern. Plakate der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) forderten: „Stoppt die Nazis! Für Arbeiterschutz von Immigranten-Wohnheimen!“, „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“ und „Nein zum Vierten Reich des deutschen Imperialismus!“

Der Ehrenpräsident der PDS und frühere DDR-Ministerpräsident Hans Modrow war unter denen, die die Demonstration für Jamal unterstützten. Später erhielten wir auch die Unterstützung des PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi. Doch am Tag der Kundgebungen veröffentlichten *Neues Deutschland*, *Berliner Zeitung* und *Junge Welt* eine lügnische Erklärung eines PDS-Sprechers, daß Modrow mit den Protesten „absolut nichts zu tun“ habe. Aber bei der PDS-Konferenz am 8. Juli bestätigten sowohl Modrow

Fortgesetzt auf Seite 11

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Die SpAD wurde gegründet von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands und Mitgliedern
der Spartakist-Gruppen am 21. Januar 1990

REDAKTION: Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin),
Toralf Endrueweit, Doris Kohn, Len Markow, Bert Matthes,
Jan Norden, Federico Parodi, Mark Richard, Max Schütz
(verantwortlicher Redakteur), Uli Voss, Fred Zierenberg

PRODUKTION: B. Matthes

VERTRIEB: J. Pfeiffer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH: C. Rosen,
2000 Hamburg 74

Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11;

Fax: (0 40) 33 01 54

Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

Postfach 2002, Berlin 1026, DDR

Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,-

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung
der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Registriernummer 1731 des Presse- und Informationsdienstes der DDR

ISSN 0173-7430

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

PDS beugt sich vor SPD-Henkern

Die PDS-Konferenz „Demokratischer Sozialismus“ am 8. Juli in Berlin diente dazu, die PDS weiter als „moderne sozialistische Partei“ im kapitalistischen Großdeutschland zu etablieren, alte Reflexe auszuschalten, die zumindest formal noch etwas mit der Arbeiterklasse zu tun hatten.

Haupttenor des langen Grundsatzreferats von André Brie, der „Vorstellungen über den demokratischen Sozialismus nach dem Ende der DDR“ vortrug, war „für eine moderne“ PDS: der „reale Sozialismus“ ist gescheitert, grundsätzlich war der Kapitalismus fortschrittlicher als DDR und Sowjetunion, nur müsse der Kapitalismus „sein Antlitz grundlegend wandeln“. Außer dem Ritual, der SED-Vergangenheit abzuschwören, war die Konferenz ein weiterer hoffnungsloser Versuch, mit der fanatisch antikommunistischen SPD „zusammenzurücken“. Gleichzeitig reckte die PDS die Hand aus zur antikommunistischen West-Linken, hier vor allem Grüne/Alternative, von denen etliche anwesend waren. „Jene Sprecher, die sich links von der PDS begreifen“, so *Neues Deutschland*, ließen „mit Rufen nach der proletarischen Revolution doch eine gehörige Portion Realitätssinn vermissen“.

Bei der Konferenz waren etwa 1200 PDS-Mitglieder. Ein Genosse, der seine Austrittserklärung aus der PDS und aus der Kommunistischen Plattform der PDS verteilte (siehe Seite 5), fand besonders großes Interesse. Wir verkauften über 250 *Spartakist*, etliche Abonnements sowie eine Reihe von Trotzki-Büchern. Durch unsere kommunistische Politik, die sehr scharf gegen die Volksfront-Linie PDS/Grüne/SPD herausstach, war unsere Präsenz sehr sichtbar.

Für die SpAD erklärte Renate Dahlhaus auf der Konferenz, daß wir Trotzkiisten hier wiederholen müssen, was wir

seit November in der DDR erklären: der Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt (Applaus der Konferenzteilnehmer). Sie stellte fest, daß man mit dem Stalinismus bis zu Ende abrechnen muß und dies nur möglich ist, wenn man „zurück zu Lenin und Trotzki“ geht und nicht wie hier den Weg zur Sozialdemokratie beschreitet, die seit 1914 auf den Misthaufen der Geschichte gehört (wieder Applaus).

Die Rednerin erklärte: „Wir von der SpAD sind hier, um eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse anzusprechen: das ‚Parteiengesetz‘, das zur Kriminalisierung und Vernichtung der PDS dient und dem entschiedener Widerstand und Verweigerung entgegengesetzt werden muß.“ Sie forderte die Einheit der Aktion der Linken gegen diese antikommunistische Offensive.

Die Stimmung im Saal wurde etwas eisiger, als wir den Zusammenhang darstellten zwischen der Kapitulation der PDS vor Anschluß und „Enteignungsgesetz“ und einer vom *Neuen Deutschland* verbreiteten Verleumdung über die Protestaktion gegen die rassistische Todesstrafe (siehe Jamal-Artikel, Seite 2). Hauptsächlich nach unserem Redebeitrag kamen über 180 Konferenzteilnehmer zu unserem Büchertisch und fragten, wo sie für Mumia Abu-Jamal unterschreiben könnten. Einige nahmen auch Bögen mit, um selbst Unterschriften zu sammeln.

Am Spartakist-Büchertisch hatten wir viele Diskussionen mit Leuten, die uns schon lange Zeit kennen von der antifaschistischen Kundgebung in Treptow, von unserer Wahlkampagne und unserer Rede bei der Demonstration gegen Parteien-Enteignung am 2. Juni. Mehrere PDS-Mitglieder machten sich Sorgen über die Auflösung der Betriebskampfgruppen Ende letzten Jahres, sie stellten fest, „ihr wart ja dagegen“. Einer kam: „Ich will nur die Zeitung von den Spartakisten, die bei den Wahlen kandidiert haben“. Also, die „demokratischen“ Kräfte der PDS hielten sich bei uns kaum auf.

Leipzig:

SpAD im Streitgespräch

Auf unsere Initiative hin fand am 19. Juli in Leipzig ein Streitgespräch zwischen SpAD, PDS, KPD und der Vereinigten Linken (VL) statt, an dem etwa 50 Leute teilnahmen. Das vereinbarte Thema war „Kommunismus und die Aufgaben der Kommunisten heute“, wozu der VL-Sprecher schon am Anfang erklärte, daß er darüber nichts zu sagen habe, „weil ich die Aufgaben der Kommunisten nicht kenne“. Ein Redner der Marxistischen Jugend-Vereinigung (MJV) sprach sich für einen „radikalen Reformismus“ aus, die KPD fügte hinzu, unter Aufzählung von Kautsky- und Bernstein-Zitaten, daß die Hauptsache sei, die Zersplitterung der Linken aufzuheben und Deutschland vor einem Krieg zu retten.

Die Debatte entwickelte sich im wesentlichen zwischen SpAD und PDS, denn alle anderen suchten nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, um mit der PDS ein „demokratisches“ Bündnis für die nächsten Wahlen zu schaffen. Die SpAD dagegen schlug sehr konkret vor, gegen die antikommunistische Hexenjagd zu kämpfen und das Enteignungsgesetz, das hauptsächlich die PDS bedroht, in einer gemeinsamen Aktion zurückzuweisen. Die KPD (das „K“ in ihrem Namen muß wohl für „Kautskyanische“ stehen) und Vereinigte Linke reagierten darauf mit absolu-

tem Schweigen, während PDS und Kommunistische Plattform nur „legale Möglichkeiten“ benutzen wollten. Ein Sprecher erklärte, daß die PDS weiter vor der Enteignungskommission von CDU und SPD kriechen und ihre Finanzen ausliefern wird.

Fortgesetzt auf Seite 4

Karl Liebknecht zur „Einheit der Linken“:

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klares Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können. Zerstreuung des Einigkeitssphärennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot — heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus. (Karl Liebknecht, „Der neue Burgfrieden“, 19. November 1918)

Leipzig...

Fortsetzung von Seite 3

Die SpAD war die einzige Partei, die für eine Einheitsfrontaktion der Linken und Arbeiterbewegung kämpfte, während die PDS und ihre Anhängsel von einer Volksfrontpolitik im Schatten der SPD träumen und einem Vierten Reich den Weg bereiten. Einige Besucher dieser Diskussionsveranstaltung waren entsetzt über Gorbatschows nackte Kapitulation vor Kohl und NATO-Deutschland,

Hexenjagd bei Buna

Mit einem Manöver wollten gefährliche Provokateure die Sorgen und Angst der Arbeiter bei Buna, die von Massenentlassungen bedroht sind, in antikommunistische Fahrwasser lenken. Am 13. Juli erschien in der *Mitteldeutschen Zeitung* ein Bericht über einen geplanten Warnstreik bei Buna, dessen Hauptforderung darin gipfelte, die „Bildung eines Gremiums, das alte leitende SED-Mitarbeiter ablöst“, zu verlangen. Außerdem wurden Informationen über ehemalige staatliche Funktionäre und ein „sofortiger Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparates“ gefordert, alles im Namen von anonymen „parteilosen Mitarbeitern“. Die Gewerkschaft distanzierte sich von diesem blutrünstigen Aufruf, allerdings nur mit der Begründung, daß es sich um einen „politischen Streik“ handeln würde. Dabei wäre nichts dringender notwendig als ein politischer Streik *im Interesse der Arbeiterklasse gegen den kapitalistischen Anschluß und die antikommunistische Hexenjagd*.

Ein Streik fand nach Verhandlungen zwischen Vorstand, Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretern zwar nicht statt, eine der Hauptforderungen wurde jedoch erfüllt: die Kündigung *aller* Verwaltungsangestellten und Neu-Ausschreibung der offenen Stellen nach „Kompetenz“ — das jüngste Kennwort aller Antikommunisten, die zur Hexenjagd blasen.

Dieser Angriff findet vor dem Hintergrund der tödlichen Gefahr von Massenentlassungen durch die Kapitalisten statt, 12 000 Arbeiter bei Buna sind bedroht, 42 000 Arbeiter bei Leuna, wo bereits Kurzarbeit eingeführt worden ist. In den Betrieben kocht die Gerüchteküche, Lohnzahlungen sind nicht gesichert, eine Schließung des Werks wird befürchtet. Auf diesem Boden wollen finstere Provokateure eine Hexenjagd gegen alle Aktivisten der Arbeiter-

Mansfelder Bergleute: Kämpft gemeinsam für Eure Zukunft!

Die Kupferbergwerke im Mansfelder Land sollen jetzt endgültig stillgelegt werden. Die 5000 Bergleute, die dort arbeiten, stehen vor dem Nichts. Am 23. Juni wurde die staatliche Subvention des Bergbaus gestrichen; im September soll das endgültige Aus kommen. Hieß es früher „Bergmann — wer ist mehr?“, sollen die Kumpel jetzt mit 100 D-Mark für jedes Beschäftigungsjahr abgespeist werden — der blanke Hohn! Für jüngere Kumpel gibt es ebensowenig neue Arbeitsplätze wie für die älteren Bergleute, die im Schacht ihre Gesundheit gelassen haben. Sie sollen nach Meinung der De-Maizière-Regierung eben verrotten.

doch auch hier war die klassisch reformistische Antwort der PDS, eine deutsche „Volksabstimmung“ zu fordern.

Ein Arbeiter von Stern-Radio berichtete über Kurzarbeit in seinem Betrieb, wo niemand weiß, wieviele Arbeiter in einem Monat auf der Straße liegen werden. „Die SPD und DGB-Führung haben den FDGB zerstört, und jetzt wollen sie die PDS zerstören. Und die PDS will ein Bündnis mit der SPD, deswegen bin ich nicht bei ihnen geblieben, sondern bin zur SpAD gegangen, weil ich mit der SPD nicht mitlaufen will“.

klasse entfachen. Die „Wendehälse“ der SED, von denen es nicht wenige gibt, die sich heute als beste Handlanger und Möchtegern-Manager für die Kapitalisten bewähren wollen, liefern dafür einen bequemen Vorwand.

Das westdeutsche Kapital hat die chemische Industrie der DDR zu Schrott erklärt und will Zehntausende von Arbeitern auf die Müllhalde befördern. Die von der SPD angeführte Hexenjagd, die die Auflösung des FDGB erzwungen hat, richtet sich nicht nur gegen ehemalige SED-Mitglieder und SED-Funktionäre, sondern gegen jeden Versuch der Arbeiterklasse, sich zur Verteidigung ihrer Lebensunterhalts zu organisieren. Mit Enteignungsgesetzen wollen diese Lakaien eines Vierten Reichs die Linke jagen, mit nationalistischer und antikommunistischer Demagogie die Arbeiterklasse aufhetzen und spalten. Und nicht nur im Süden der DDR. In Berlin-Pankow wurden Ärzte, Krankenschwestern und andere Arbeiter im Gesundheitswesen durch öffentliche Ankündigung bei einer Betriebsversammlung gefeuert, weil sie sich geweigert hatten, einen Beschnüffelungsfragebogen auszufüllen!

Wie ein Arbeiter gegenüber *Spartakist*-Verkäufern bei Buna kommentierte, war dieser Streik eindeutig gegen die Linke geplant. Gerüchte gehen um, daß Republikaner-Faschisten dabei ihre Hände im Spiel hatten. Es ist ein Verbrechen, daß Gewerkschaftsvertreter vor den Forderungen dieses reaktionären „Streik“aufrufs in die Knie gegangen sind. Notwendig ist eine Mobilisierung der klassenbewußten Arbeiter gegen diese Provokation. Die Buna-Arbeiter brauchen dringend eine kampfbereite Führung, um sie gegen die Nachfolger der IG-Farben-Kapitalisten und deren Politiker zu verteidigen, die lieber gerne wieder auf Zwangsarbeiter zurückgreifen würden. Arbeiter, die für eine „schnelle D-Mark“ abgestimmt haben, fangen bereits an zu verstehen, daß ihnen dies nicht Reichtum, sondern leere Taschen bringt.

Die Kupferadern sind erschöpft, das wissen die Arbeiter selbst. Sie fordern eine anständige Abfindung, staatlich finanzierte Umschulung und neue Arbeitsplätze. Ursprünglich wurde geplant, Arbeiter vom Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen im Bernhard-Koenen-Schacht (Niederöbblingen) zu übernehmen, wo heute 3000 Bergleute arbeiten und Kupfer mit staatlicher Stützung bis 1995 gefördert werden könnte. So wären auch die 1000 Arbeitsplätze in der Kupferhütte gesichert. Während dieser Zeitspanne sollten Bergleute umgeschult (im Betrieb und bezahlt vom Betrieb) sowie neue Industrien in der Gegend angesiedelt werden. Doch der Anschluß, der am 1. Juli in Kraft trat, zerschlug diese Planung: Damit wurden die BGLs liquidiert und sämtliche früher vereinbarten Sozialpläne, Tarifverträge und Rahmenkollektivverträge ungültig gemacht.

Mitte Juni führten die Kumpel vom Müntzer-Schacht einen wütenden Protest durch; die Regierung sicherte

Fortgesetzt auf Seite 5

Austritt aus PDS und Kommunistischer Plattform

„Ich bin Kommunist!“

Wir drucken hier die Austrittserklärung eines Genossen aus der PDS und der Kommunistischen Plattform der PDS ab, der acht Jahre lang Mitglied der SED gewesen ist. Kopien der Austrittserklärung können über die Redaktionsadresse bestellt werden.

Seit den Ereignissen im Oktober/November 1989 in der DDR bin ich durch meinen Drang darüber, die Ursachen und Gründe dieser Entwicklung zu erforschen, in der Lage, sagen zu können, daß ich in diesem dreiviertel Jahr mehr an wichtigen politischen Erkenntnissen gewonnen habe, als in der gesamten Schul-, Abitur- und Studentenzeit unter stalinistischer Herrschaft zusammen. Weil ich jetzt die Antwort auf meine Fragen habe — d. h. politisch klarer sehe, jetzt auch dadurch weiß, was für eine Partei die SED oder SED/PDS war und die PDS jetzt ist, kann ich die Mitgliedschaft in der PDS nicht mehr mit meiner jetzigen politischen Überzeugung vereinbaren: Ich bin Kommunist!

Durch den Zusammenbruch des stalinistischen Regimes im letzten Herbst und die Öffnung der Grenzen konnte ich Schriften von Trotzki in die Hand bekommen, der mir vorher nur als „Konterrevolutionär“ bekannt war. Aber wie kann jemand „Konterrevolutionär“ sein, der eng mit Lenin

die Oktoberrevolution vorbereitet und durchgeführt hat und Lenins Werk nach dessen Tod fortsetzte. Durch das Studium seiner Werke „Verratene Revolution“ (1936) und das „Übergangsprogramm“, 1938 geschrieben, wurde ich zu den Lehren von Marx, Engels („Manifest der Kommunistischen Partei“) und Lenin („Staat und Revolution“) zurückgebracht. Vor über 50 Jahren hat Trotzki die Ursachen dargelegt, die verantwortlich waren für den Sturz der stalinistischen Bürokratie im Herbst 1989 in der DDR sowie in den anderen osteuropäischen Ländern zuvor.

Er schrieb im Gründungsprogramm der Vierten Internationale (Übergangsprogramm): „Die politische Prognose hat alternativen Charakter: Entweder stößt die Bürokratie ... die neuen Eigentumsformen um und wirft das Land in den Kapitalismus zurück — oder die Arbeiterklasse zerschlägt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.“ Den Weg zum Sozialismus hat die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ nicht gefunden; sie hat den Arbeiterstaat der Bourgeoisie übergeben!

Wie ist die Lage in der DDR? Falsch — besser ich sage Großdeutschland, denn ab heute gilt die „ach-so-gute“ und „harte“ D-Mark! „Meine“ Partei hat die DDR nicht nur
Fortgesetzt auf Seite 13

Mansfelder Bergleute...

Fortsetzung von Seite 4

daraufhin die Produktion bis zum 30. September zu. Dabei kalkuliert die Regierung eiskalt, daß die Kampfbedingungen der Arbeiter mit jedem Tag schlechter werden. Und sie setzt auf die Spaltung der Arbeiter mit Hilfe der FDGB-Bürokraten, denen das eigene Hemd näher ist als die Zukunft der Kollegen, die sie angeblich vertreten. Am 25. Juni verlangten die Kumpel auch im Koenen-Schacht Klarheit über ihre eigene Zukunft und die Mittagschicht weigerte sich, einzufahren, trotz der Versuche der BGL abzuwiegeln.

Bergleute, laßt Euch nicht gegeneinander ausspielen. Kein Vertrauen in Wendehals-Bürokraten. Die Brigaden sollen die entschlossensten und vertrauenswürdigsten Kollegen in ein gemeinsames Streikkomitee aller Schächte entsenden. Nur zusammen könnt Ihr verhindern, daß Ihr morgen zu Bettlern und Almosenempfängern werdet.

Der Kampf muß ausgeweitet werden: am Bergbau hängen die ganze Region und Arbeitsplätze vieler tausender Kollegen. 10 000 Kali-Arbeitern droht die Entlassung, 30 000 Kumpel im Harz haben Kurzarbeit. Schickt Delegationen zur Kupferhütte und den anderen Betrieben. Fordert die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände und die ständige Anpassung der Löhne an die rasch steigenden Lebenshaltungskosten.

Besser jetzt kämpfen, als zu den ersten Opfern der kapitalistischen Marktwirtschaft zu zählen.

— Nieder mit der Treuhand-Regierung der westdeutschen Bankiers!

— Für eine Arbeiterregierung!

Schwarz-„Rote“-Goldene Fahne der DDR-Linken

Dieser Tage erschien in der ehemaligen DDR eine Wochenzeitung, die sich selbst als „Die Rote Fahne“ bezeichnet. Sie wurde schon monatelang angekündigt und nach heftigen Debatten in der KPD erscheint diese Zeitung nun als „Podium der Linken“.

Es ist notwendig, die Aufmerksamkeit der Leser auf dieses Blatt zu richten, das sich auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beruft, aber ihre Namen in den Dreck zieht. Einerseits ist es „parteiunabhängig“, also anonym, andererseits firmieren als Kontaktadressen VL, KPD und PDS.

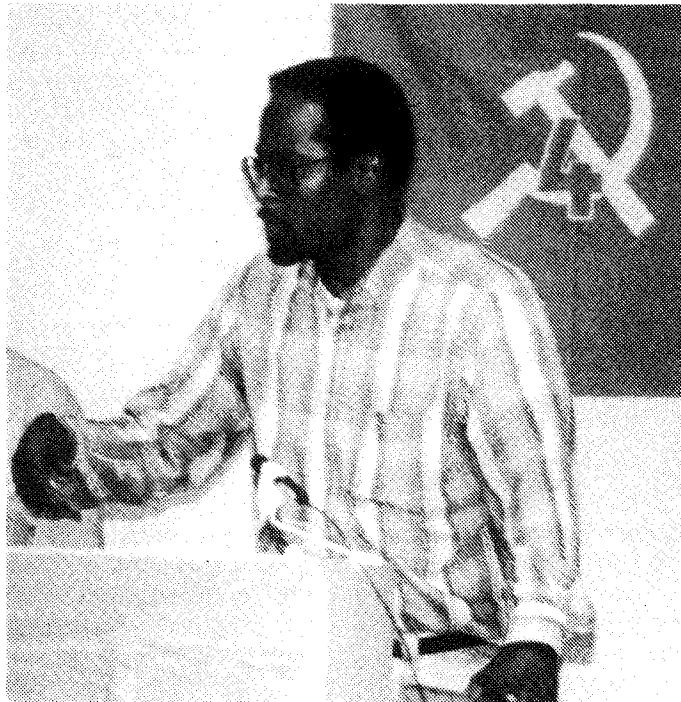
Als Ausdruck der „Einheit der Linken“ zeigen sie, wie diese Einheit nur aussehen kann: großdeutsch und nationalistisch. Mit blankem Zynismus reagieren sie auf die Fragen der Zeit. Sie selbst als „Deutsche Zeitung“ bezeichnend, berichten sie unter der Überschrift „Ich bin behindert — ich bin deutsch“ über eine Demonstration von Behinderten und appellieren an den „Deutschen Stolz“, um den Behinderten zu helfen. Rosa-Luxemburg-Zitate werden entstellt, um über „Heimatverlust“ zu jammern und zum „nationalen Denken“ aufzurufen.

1918 wurde vom Spartakusbund die *Rote Fahne* gegründet, gegen die Sozialdemokratie und für die Auseinandersetzung mit der Linken vom internationalistischen Standpunkt aus. Die heutige teutsche „Rote“ Fahne sagt ja zum Vierten Reich, wenn es nur bitte, bitte sozial-demokratisch ist. Die ganze Welt graut sich vor dem Gedanken an ein Viertes Reich, und die „Rote“ Fahne hat nichts weiter zu tun, als mit den Namen von Karl und Rosa gefährlichen deutschen Chauvinismus zu schmücken. ■

Schwarzer amerikanischer Trotzlist auf Veranstaltungen

Internationalistisches Echo von Halle bis Hamburg

Mehr als 200 Sympathisanten und Kritiker der SpAD besuchten eine Reihe von Veranstaltungen im Juni unter dem Titel „Freie Welt‘ des verrotteten US-Kapitalismus“, die von unserem Genossen Don Alexander, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., in Berlin, Bernburg, Halle, Eggesin, Rostock und Hamburg gehalten wurden. Genosse Alexander ist auch einer der Organisatoren der Labor Black League for Social Defense (LBL, Liga der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidi-



Don Alexander in Halle

Spartakist

gung, eine kämpferische Organisation von Werktätigen und Angehörigen von unterdrückten Minderheiten in brüderlicher Verbundenheit mit der SL/U.S.) aus der San Francisco Bay Area. Die Tour war durch eine Spendenkampagne der LBL in San Francisco, Chicago und Atlanta ermöglicht worden, deren Aktivisten ihr schwer verdientes Geld in einer eindrucksvollen Geste des proletarischen Internationalismus gespendet haben.

Mit der Organisation dieser Tour vertieften und erweiterten die Genossen der SpAD ihre Arbeit, eine leninistisch-egalitäre Partei aufzubauen, die die defensiven Kämpfe gegen den Drang zu einem Vierten Reich und die Verelendung der Arbeiterklasse führen kann. Daß diese Verelendung das unvermeidliche Ergebnis des kapitalistischen Anschlusses sein würde, stellte Genosse Alexander eindringlich dar, indem er beschrieb, welche Hölle das Leben für die amerikanischen Schwarzen ist. Gerade am Fall Mumia Abu-Jamal, für dessen Rettung vor dem elektrischen Stuhl wir eine internationale Protestkampagne initiiert haben (siehe Seite 2), wurde dies immer wieder deutlich gemacht.

In Rostock wurden 150 *Spartakist* an Hafearbeiter

verkauft, denen Massenentlassungen drohen. In Halle bei den Leuna-Werken versuchte eine Gruppe von reaktionären Arbeitern mit BRD-Fahnen und Konföderiertenflagge, bis zum heutigen Tag das Symbol der Sklaverei in den Vereinigten Staaten, unseren Genossen den Zugang zum Werk zu verwehren. Sie zogen sich aber zurück, als ein Mitglied der SpAD laut vernehmlich rief: „Für Arbeitermobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen.“ Ausländische Arbeiter, Studenten und Frauengruppen legten die Flugblätter für die Tour auf ihren Büchertischen und in ihren Klubs aus. In Eggesin trafen sich vietnamesische und mosambikanische Arbeiter bei der Veranstaltung, die von mehr als 50 Leuten besucht wurde, und diskutierten darüber, wie die wachsende Welle der faschistischen Angriffe auf sie und ihre Kollegen zurückzuschlagen ist.

Es war sehr interessant bei dieser Tour, daß eine große Anzahl von Mitgliedern von Organisationen, die ernsthafte politische Differenzen mit der SpAD haben, zu den Veranstaltungen gekommen ist. Anhänger der PDS, VL, KPD, der Kommunistischen Plattform und von den Nelken kamen, um mehr über unsere Politik zu erfahren oder um die Linie ihrer eigenen Partei zu verteidigen; einige sind durch diese Debatten näher an unsere Politik herangerückt, andere sind gekommen, um besser gegen die trotzkistische Linie der SpAD gewappnet zu sein. Wir begrüßen diese polemischen Debatten und hoffen auf mehr in der nächsten Zukunft, weil wir uns, wie Alexander gesagt hat, weigern, programmatische Differenzen zu vertuschen, „was nur darauf hinauslief, das Schicksal der Menschheit aufs Spiel zu setzen“. Solche offenen Debatten gehen Hand in Hand mit unserem Kampf, die Einheit in der *Aktion* gegen die faschistische Gefahr und andere Angriffe auf das Leben der Arbeiter zu schaffen. *Spartakist* wird in einer der nächsten Ausgaben die Rede des Genossen abdrucken; in dieser Ausgabe drucken wir seine Schlußbemerkungen bei der Veranstaltung in Rostock ab, wo er unter anderem auf Kader der PDS und KPD eingegangen ist, die behaupteten, sie seien gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Fälschlicherweise und/oder verräterischerweise schauen sie aber auf Gorbatschow oder auf eine von der SPD dominierte Volksfront, um die Aufgabe zu lösen, die nur eine klassenbewußte Arbeiterklasse wirklich vollenden kann, mit einer Partei, wie sie von Lenin und Trotzki geführt wurde.

Im Augenblick zeigen die Werktätigen hier, ich habe das vorher schon gesagt, in massiver Weise falsches Bewußtsein. Das heißt nun aber nicht, daß ihre egalitären sozialistischen Ideale alle zerstört worden sind. Und immer wenn ich den „Elitismus“-Vorwurf gegenüber Leninisten höre, kann ich nur lachen. Denn schaut euch doch an, wer seinen eigenen historischen Pessimismus auf die Arbeiterklasse projiziert. Mehr noch, die Arbeiterklasse ist kein undifferenzierter Haufen. Es gibt aktive, klassenbewußte Teile der Arbeiterklasse, die nach einer Periode der Niederlagen sicher enttäuscht sein werden und ihre Situation neu überdenken müssen, um voranzugehen. Sie kommen zu einem sorgfältigen Urteil über die Parteien

Internationalistisches Echo...

Fortsetzung von Seite 6

und schauen darauf, wie sie mit den Ereignissen mitgehalten und wie sie dem Druck der Bourgeoisie standgehalten haben (z. B. bei den Wahlen). Und unsere Organisation hat der Arbeiterklasse die Wahrheit gesagt, und wenn diese Menschen sich in Bewegung setzen, dann werden sie auf uns schauen.

Und sie werden uns helfen, die sozialpatriotischen Verräter davonzujagen. Die Situation in diesen Tagen verlangt ein klares Verständnis darüber, daß die Schwierigkeiten, in denen wir stecken, nicht allein im Rahmen der DDR gelöst werden. Die Imperialisten machen sich Sorgen darüber, daß es hier zum Widerstand der Arbeiterklasse kommen wird. Und dies zeigt sich sehr klar in der augenblicklichen antikommunistischen Hexenjagd gegen die PDS. Am liebsten würden sie alle Zentren des Widerstands gegen ihren imperialistischen Revanchismus zerschlagen.

Was wir deshalb klarzumachen versuchen, ist, daß die Schlüsselfrage das Programm ist. Es gibt gewisse Augenblicke, wo zeitweilige Blöcke für Massenaktionen gegen den Klassenfeind notwendig sind. Treptow und unsere Verteidigung der PDS sind dafür Beispiele. Dies hat aber nichts zu tun mit einem Programm, das zu einer politischen Allianz mit der Bourgeoisie und zur Unterordnung der Interessen des Proletariats aufruft. Dieser wichtige Un-

terschied ist von den Stalinisten verwischt worden, um ihr Programm der friedlichen Koexistenz mit dem Weltimperialismus zu rechtfertigen. Und wenn ihr meint, daß noch nicht genug Arbeiterblut vergossen wurde, dann ist euch wirklich nicht zu helfen. Ich meine dies im Geiste einer polemischen marxistischen Kritik, die ausspricht, was ist. Wie Lenins und Trotzki's bolschewistische Partei wollen wir eine harte revolutionäre Partei aufbauen, die gegen den Strom schwimmt, weil nichts ihr mehr am Herzen liegt als die Befreiung der Werktätigen.

Ihr kennt wahrscheinlich den historischen Kampf — Martow, der Weiche, und Lenins Partei, die harte Fraktion der SDAPR. Dabei erinnert ihr euch sicherlich an den Kampf von 1903. Nun gut, wir haben Lenins Seite ergriffen in diesem Kampf, weil es um den Unterschied ging, entweder der reformistische Schwanz der imperialistischen Bourgeoisie im Ersten Weltkrieg zu werden oder eine sozialistische Revolution zu machen.

Und das ist der Grund, warum wir heute sagen, international eine revolutionäre leninistische Avantgardepartei aufzubauen ist von entscheidender Bedeutung dafür, den nuklear bewaffneten Imperialismus daran zu hindern, uns alle zu zerstören. Deshalb ist es notwendig, politisch mit der Wahrheit bewaffnet zu sein. Wir wollen, daß ihr unsere Literatur lest und alles was, ihr in die Finger kriegen könnt, um politische Klarheit zu gewinnen, denn uns stehen wichtige Kämpfe bevor. ■

Spartakist-Schulungsserie

Berlin, Donnerstag, 2. August, 18.00 Uhr
Für Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Restauration in DDR, Polen und UdSSR

Berlin, Donnerstag, 16. August, 18.00 Uhr
Stoppt die Faschisten durch Arbeiter-/Immigrantenmobilisierung!
Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter!

Berlin, Donnerstag, 30. August, 18.00 Uhr
Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi

Berlin, Donnerstag, 13. September, 18.00 Uhr
Gegen die Einheit der Pseudolinken!
Für die Einheitsfront im Sinne von Trotzki und Lenin! Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

SPARTAKIST-Treffpunkt Berlin

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190, S-Bahnhof Schöneweide
 Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

Kontakt/Information: SpAD-Ortsgruppe Berlin, Telefon: 492 78 66 oder (849) 492 78 66
 SpAD, Postfach 2002, 1026 Berlin

Halle, Freitag, 3. August, 18.00 Uhr
Gegen die Einheit der Pseudolinken! Für die Einheitsfront im Sinne von Trotzki und Lenin!
Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!
 Kultur und Tagungszentrum, Zimmer 30

Halle, Freitag, 10. August, 18.00 Uhr
Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt!
Für proletarisch-politische Revolution von Moskau bis Hanoi
 Kultur und Tagungszentrum, Zimmer 30

Bernberg, Mittwoch, 8. August, 18.00 Uhr
SPD: Bluthunde der Deutschen Bank
 Jugendklub, Zepziger Weg

Hamburg, Sonnabend, 28. Juli, 16.00 Uhr
Das Übergangsprogramm von Leo Trotzki und seine aktuelle Bedeutung
 Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31 (U-Bahn Feldstr.)

Eggesin, Sonntag, 5. August
Für Arbeiterwiderstand gegen kapitalistische Restauration in DDR, Polen und UdSSR
 Weitere Information über unsere Berliner Anschrift

Für eine Planwirtschaft basierend auf Sowjetdemokratie! Arbeiter immer wütender über Perestroika-Chaos

9. JULI — Während die Kommunistische Partei in Moskau ihren 28. Parteitag abhält, nähert sich das Land dem Siedepunkt: Die Wirtschaft versinkt im Chaos, eine Unionsrepublik nach der anderen erklärt ihre „Souveränität“, der KPdSU drohen Spaltungen, und es gibt wiederholt Spekulationen über einen Militärputsch. Ein In-



Independent

Die Streiks der sowjetischen Bergarbeiter im letzten Sommer forderten die Kreml-Bürokraten heraus

tellektueller Gorbatschowscher Prophezeit: „Spontane Arbeiteraufstände sind durchaus möglich.“

Eine Ankündigung der Regierung Ende Mai, daß die Brotpreise verdreifacht und die Preise anderer Konsumgüter verdoppelt würden, löste eine Welle von Panikkäufen aus, die die Regale leerfegte. Die Kreml-Führer machten schnell einen Rückzieher und verschoben die Entscheidung über Preiserhöhungen auf September. Ein gesamt-sowjetischer Kongreß der Bergarbeiter, der Mitte Juni im Donbass in der östlichen Ukraine stattfand, drohte mit Streik im Juli, wenn nicht Ministerpräsident Nikolai Ryschkow — der für die vorgeschlagenen Preiserhöhungen verantwortlich gemacht wird — zurücktritt. Gleichzeitig kritisieren sowjetische Militärbefehlshaber offen Gorbatschows Preisgabe Osteuropas, besonders wo sich am westlichen Horizont die Bedrohung eines deutschen Vierten Reichs abzeichnet.

Während des KPdSU-Parteitags kündigten konterrevolutionäre estnische Nationalisten eine Wiedersehensfeier von „Kämpfern für die Freiheit Estlands“, darunter auch ehemalige Offiziere von Divisionen der Nazi-Waffen-SS, in der Stadt Tori an. Ein paar Tage vor der geplanten Kundgebung fuhr ein sowjetischer Fallschirmspringer demonstrativ in gepanzerten Mannschaftstransportern durch die kleine Stadt, während in der estnischen Hauptstadt Tallinn patriotische sowjetische Bürger gegen dieses Treffen von Nazi-Kriegsverbrechern protestierten. Die estnischen Nationalisten gaben klein bei und sagten die Kundgebung ab.

Gorbatschows Unterstützerbasis ist auf beiden Seiten deutlich schmaler geworden: Die westlich orientierten Intellektuellen verurteilen jetzt seine „halben Maßnahmen“ als ein Hindernis bei ihrer Kampagne für eine „freie Marktwirtschaft“. Die Apparatschiks geben ihm die Schuld an ihrer schwindenden Autorität. In den Wochen vor dem Parteitag forderten sowohl der „liberale“ Boris Jelzin als auch der „konservative“ Jegor Ligatschow Gorbatschow auf, als Generalsekretär der KPdSU zurückzutreten, auch wenn beide Seiten anschließend Rückzieher machten. Über den Architekten der Perestroika (Umgestaltung) herzuziehen ist an der Basis der sowjetischen Gesellschaft immer üblicher geworden. Ein junger Erdölarbeiter aus Sibirien faßte die weitverbreitete Meinung zusammen: „Was Gorbatschow angeht, so ist er ‚ne tuda, ne suda‘ — weder Fisch noch Fleisch.“

In den letzten Wochen hat der konservative Flügel der Kreml-Oligarchie eine starke organisatorische Basis in der neu gegründeten russischen Kommunistischen Partei gefunden. Während die Republiken der nationalen Minderheiten (z. B. im Baltikum und im sowjetischen Zentralasien) schon lange organisatorisch getrennte Kommunistische Parteien im Rahmen der KPdSU gehabt haben, war dies in der russischen Republik bisher nicht der Fall. Die Stalinisten alter Schule nutzen die weitverbreiteten Ängste vor wirtschaftlicher Unsicherheit aus und reiten auf der steigenden Woge von russischem Nationalismus, verbunden mit Antisemitismus (den der deutsche Sozialistenführer August Bebel den „Sozialismus der dummen Kerls“ nannte).

Die Angst um die Zukunft der Sowjetunion ist durch die anscheinend grenzenlosen Kapitulationen Gorbatschows gegenüber dem Weltimperialismus enorm verstärkt worden. Auf dem Kongreß der russischen Kommunistischen Partei Mitte Juni erhielt General Albert Makaschow stürmischen Beifall, als er vor einem wiedervereinigten Deutschland im Westen und einem wiederbewaffneten Japan im Osten warnte. „Genossen“, rief er aus, „die Armee und die Flotte werden von der Sowjetunion noch gebraucht“ (*Washington Post*, 20. Juni). Ein Redner nach dem anderen nahm Gorbatschow in die Mangel. Die russische Partei wählte als ihren Führer den prominenten Hardliner Iwan Poloskow, vor allem bekannt als die Geißel der kleinkapitalistischen Unternehmer („Genossenschaftler“) im südrussischen Bezirk Krasnodar.

Der konservative Gegenangriff ging auf dem Parteitag der KPdSU weiter. Ligatschow bekam „donnernden Applaus“, als er die Anklage erhob, daß „die letzten fünf Jahre Perestroika ... uns wenig Gutes gebracht“ haben. Alexander Jakowlew, Gorbatschows wichtigster Mitstreiter und Ideologe, schiebt die Schuld am konservativen Widerstand gegen die Perestroika auf die eingefleischte Einstellung des Apparatschiks auf Lebenszeit, der „sich an seine Position, seine Lebensweise und seinen Lebensstandard gewöhnt hatte, der sich daran gewöhnt hatte, Macht auszuüben — die korrumpierendste Gewohnheit der Geschichte“. Sicherlich verteidigen Ligatschow, Poloskow und ihre Freunde die Interessen der privilegierten Parasitenkaste,

die unter Stalin geschmiedet wurde. Aber Gorbatschow, Jakowlew und die „liberalen“ Stalinisten fördern eine potentiell *noch privilegiere* Gruppe von Parasiten, nämlich kapitalistische Unternehmer.

Jakowlew kann nicht erklären, warum nach fünf Jahren Perestroika, in denen Gorbatschow das alleinige Sagen hatte, die stalinistischen Karrieristen alter Schule so etwas wie ein Comeback haben. Das liegt genau daran, daß die sowjetischen Werktätigen unter dem „Übergang zu einer Marktwirtschaft“ leiden. Ein Gorbatschowscher „Reformer“ aus der riesigen Motorenfabrik in Jaroslawl, der bei den Delegiertenwahlen zum Parteitag den kürzeren gezogen hatte, bemerkte: „Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage arbeitet für die Konservativen. Die Konservativen können behaupten, daß das Leben in den alten Zeiten vielleicht schwierig gewesen ist, aber jetzt viel schlimmer geworden ist.“ (*Washington Post*, 30. Juni)

Bergarbeiter und Erdölarbeiter drohen mit Streik

Die Aufsplitterung der Bürokratie und der zugehörigen Schichten der Intelligenz ist so weit gegangen, daß es in den Wochen vor dem KPdSU-Parteitag jede Menge Spekulationen gab über einen Auszug der rechtsgerichteten Demokratischen Plattform. Es gibt ein wachsendes Unbehagen im Land, und eine Zuspitzung politischer Spannungen, die einen Bürgerkrieg ankündigt. Der prokapitalistische Vorsitzende des Leningrader Stadtrats, Anatoli Sobtschak, fordert, in der Stadt eine „freie Wirtschaftszone“ für den Kapitalismus zu schaffen. Und mehrere seiner Spießgesellen rufen dazu auf, dieser ersten Stadt der bolschewistischen Revolution den Namen Leningrad wegzunehmen und ihren zaristischen Namen wiedereinzusetzen (*New York Times*, 24. Juni). Dies ist die Sprache der Konterrevolution.

Doch besonders seit den Bergarbeiterstreiks, die im letzten Sommer das Land lahmlegten, ist ein neuer und potentiell entscheidender Faktor in der Gleichung hinzugekommen — die Arbeiterklasse. Der gesamtsowjetische Bergarbeiterkongreß im Juni gab eine Erklärung heraus, in der es hieß: „Wir betrachten die Kommunistische Partei der Sowjetunion nicht als unsere Partei.“ Bergarbeiter im ukrainischen Donbass und im sibirischen Kusbass, beides Kohlereviere, haben zu einem Proteststreik aufgerufen, der mit dem letzten Kongreßtag, dem 11. Juli, zusammenfallen soll, und zwar weil die Regierung nicht die Versprechungen erfüllt hat, die Lebensbedingungen zu verbessern. Gorbatschow wettete zurück, die Streikdrohung sei „nicht zulässig“. TASS berichtete: „Der Führer der Partei glaubt, daß die Idee eines Streiks nicht aus den Reihen der Arbeiterklasse stammt. Jemand will die Arbeiter aufwiegeln.“

Welch ein Ausdruck von purer bürokratischer Arroganz — als ob es nicht reicht, daß kein Essen auf dem Tisch ist und keine Waren in den Läden sind, um die Arbeiter „aufzuwiegeln“. Es sind nicht nur Bergleute, die über Streikaktion reden. Die Erdölarbeitergewerkschaft in dem Gebiet von Tjumen in Sibirien, aus dem zwei Drittel der gesamten Rohölproduktion der UdSSR stammen, haben mit Streik gedroht, wenn die Regierung nicht die Forderungen erfüllt, die verzweifelte Lage der Arbeiter zu verbessern. Selbst der Moskauer Minister, der für Brennstoff und Energie verantwortlich ist, gibt zu, daß die „Ernährungslage ernst ist, staatliche Lieferungen unterbrochen werden“ und daß „150 000 Erdölarbeiter und ihre Familien auf der Warteliste für eine Wohnung stehen und viele von ihnen in Holzschuppen leben“ (*Moscow News Weekly*, 8. April).

Die Erdölarbeiter verlangen auch, daß ihrer Gewerkschaft 10–15 Prozent der Deviseneinnahmen gegeben wer-

den, die aus der Ölproduktion von Tjumen kommen. Bei der jetzigen Lage zwar verständlich, ist es trotzdem prinzipiell falsch, daß eine Gruppe von Arbeitern einen Anteil an den Deviseneinnahmen des Landes verlangt. Der Reichtum der Ölfelder von Tjumen gehört mit Recht den Werktätigen der *gesamten* Sowjetunion. Die Entwicklung dieser Ölfelder wurde durch den wirtschaftlichen Überschuß ermöglicht, der in zahllosen Fabriken, landwirtschaftlichen Betrieben und Bergwerken erzeugt wurde. Die Ölfelder von Tjumen könnten und würden nicht existieren ohne das Getreide, das in der Ukraine und in Kasachstan produziert wird, ohne den Stahl, der im Ural gekocht wird, ohne die Werkzeugmaschinen, die in Leningrad gefertigt werden, oder ohne die Eisenbahnschienen, die die weit verstreuten Teile der sowjetischen Wirtschaft miteinander verbinden. Der Kurs Richtung Marktwirtschaft unterminiert die Einheit des sowjetischen Proletariats.

Die Erdölarbeiter sind hier nicht durch ein ideologisches Engagement für Marktwirtschaft motiviert. Sie versuchen einen Weg zu finden — irgendeinen Weg —, um zu bekommen, was sie dringend brauchen. Doch da kein Flügel der Bürokratie ein Programm anbietet, das den Interessen der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse entspricht, spiegeln sich die verschiedenen Tendenzen, die es in der Bürokratie gibt, innerhalb der gerade flügge gewordenen Arbeiterbewegung wider. Ebenso wie das verheerende Wüten von Perestroika manche Arbeiter dazu gebracht hat, den konservativen Flügel der Kreml-Oligarchie zu unterstützen, so hat die Feindseligkeit gegenüber den stalinistischen Bonzen andere Arbeiter dazu gebracht, über westlich orientierte Sozialdemokraten und Liberale eine positive Meinung zu haben.

Die Bergarbeiter vom Kusbass und vom Donbass haben ihre Unterstützung für den populistischen Demagogen Boris Jelzin ausgedrückt, der Ronald Reagan dafür lobt, „größere Verbesserungen, besonders in der amerikanischen Wirtschaft“ (*Against the Grain* [1990]) herbeigeführt zu haben. Jelzins eigene „schmerzlose“ Lösung der sowjetischen Wirtschaftskrise besteht darin, Land an Privatunternehmer zu verkaufen, staatseigene Wohnungen zu privatisieren sowie Militärausgaben und Investitionen in neue Fabrikanlagen weiter zu kürzen. Nach ein paar Jahren von Jelzins Version der Perestroika wäre die Sowjetunion ökonomisch und militärisch weit schwächer als heute.

Daß stalinistische Bürokraten alter Schule in russischen Fabriken gut ankommen, daß ein prokapitalistischer Demagoge wie Jelzin große Popularität genießt — dies ist möglich, weil jetzt in der UdSSR keine wirkliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse existiert. Eine leninistisch-trozkistische Partei würde dem bürgerlichen Parlamentarismus die *proletarische politische Macht* entgegensetzen, die sich auf demokratisch gewählte Arbeiterräte (Sowjets) stützt. Sie würde dem „Marktsozialismus“ eine Planwirtschaft entgegensetzen, um in einer *egalitären* Gesellschaftsordnung die Produktivität zu maximieren. Sie würde dem russischen Nationalismus den Boden entziehen, indem sie für den *Internationalismus* kämpft, der letztlich der Schlüssel ist für die Existenz der multinationalen UdSSR. Sie würde die Perspektive der sozialistischen Revolution in den imperialistischen Zentren fördern, weil dies die sicherste Verteidigung der übriggebliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution ist.

Welcher Weg für die sowjetische Arbeiterklasse?

Seit den Bergarbeiterstreiks im letzten Sommer ist die Arbeiterklasse als ein wichtiger Faktor bei der politischen

Fortgesetzt auf Seite 10

Sowjetischer Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 9

und ökonomischen Krise der Sowjetunion hervorgetreten. Angst vor Arbeiterunruhen hat den Kurs in Richtung Marktwirtschaft verlangsamt, besonders Preiserhöhungen für Konsumgüter in Staatsläden. Das sowjetische Proletariat ist jedoch *noch nicht* als eine *unabhängige politische Kraft* hervorgetreten, als Klasse für sich. Die Arbeiterorganisationen, die in der vergangenen Zeit entstanden sind, bleiben unter dem Einfluß verschiedener konkurrierender *kleinbürgerlicher Tendenzen und Ideologien*, die von der Bürokratie und der Intelligenz stammen.

Die Einheitsfront der Werktätigen (OFT) der UdSSR, vor einem Jahr in Leningrad gegründet, ist gegen die Hauptstoßrichtung von Perestroika und appelliert in starkem Maße an sowjetischen Patriotismus. Ein wichtiger Bestandteil der Front ist die Internationalistische Bewegung in Lettland und Estland, die hauptsächlich aus russischsprachigen Arbeitern besteht, die ihre demokratischen Rechte gegen reaktionäre baltische Nationalisten verteidigen. Die Satzung der Front sagt, daß es ihr Ziel ist, „Lenins Erklärung über die Rechte der Werktätigen und Ausgebeuteten in der Praxis durchzuführen“. Sie ruft zur „Entwicklung von sozialistischer Sowjetdemokratie“ auf und zum „Kampf gegen den Wirtschaftsegoismus von Behörden oder Unternehmen“.

Doch die OFT wird gefördert von stalinistischen Bürokraten alter Schule — besonders im Gewerkschaftsapparat —, die mit den widerlichsten russischen Nationalisten verbunden sind. Einer der Bestandteile bei ihrer Gründung, die Einheitsfront der russischen Arbeiter, ließ *Pamjat-Faschisten* als eine offene Fraktion auftreten. In Leningrad bildete der OFT-Führer Michail Popow bei Wahlen einen Block mit den extremen russischen Nationalisten von „Vaterland“. Solche Aktionen untergraben unwiederbringlich den Anspruch der OFT, daß sie dafür eintrete, „die wirkliche Gleichheit der Werktätigen aller Nationalitäten zu garantieren“. Eine internationalistische Arbeiterbewegung kann in der UdSSR nur durch unerbittlichen politischen Kampf gegen großrussischen Chauvinismus aufgebaut werden, indem sie Juden gegen die steigende Flut von gewalttätigem Antisemitismus verteidigt und die faschistischen Schlägerbanden von Pamjat auf der Straße zerschlägt.

Die Einheitsfront der Werktätigen war eine wichtige organisierende Kraft bei der Kampagne zur Gründung der russischen KP. So finden sich Arbeiter, die eine sozialisierte und egalitäre Wirtschaft erhalten wollen, in derselben politischen Strömung wieder wie die berüchtigte Verteidigerin Stalins, Nina Andrejewa, die den Totengräber der bolschewistischen Revolution und pathologischen Massenmörder als einen „weisen Staatsmann“ preist. In einem negativen Sinn ist der ideologische Stempel des Stalinismus auch in der Satzung der OFT zu sehen. Während sie wiederholt zur Verteidigung und Stärkung des „sozialistischen sowjetischen Mutterlands“ aufruft, hat das Programm überhaupt keine Perspektive für die *internationale sozialistische Revolution*.

Um mit der Aufrüstung der USA unter Carter und dann Reagan mitzuhalten, ohne den Lebensstandard zu senken, verringerte das Breschnjew-Regime die Investitionen in neue Fabrikanlagen. Die jährliche Zunahme der geplanten Investitionen wurde von sieben Prozent Anfang der 70er Jahre auf ganze zwei Prozent ein Jahrzehnt später gekürzt. Als Ergebnis ging die Produktivität in den immer älteren Industriebetrieben des Landes ständig zurück. Darüber hinaus reduzierte der Zusammenbruch der inter-

nationalen Ölpreise Anfang der 80er Jahre die Deviseneinnahmen der UdSSR empfindlich. In gewisser Hinsicht ist Gorbatschows Perestroika und der Kurs in Richtung Marktwirtschaft eine reaktionäre Antwort auf die *objektive* Krise der sowjetischen Wirtschaft nach Jahrzehnten bürokratischer Mißwirtschaft im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“.

Während die OFT patriotische und sozialistisch eingestellte Arbeiter mit stalinistischen Bürokraten und russischen Nationalisten vereint, bringen andere Organisationen Arbeiter, die für ihre Interessen gegen die Kreml-Oligarchie kämpfen wollen, mit prowestlichen antikommunistischen Reaktionen zusammen. So erklärte der Bergarbeiterkongreß vom Juni im Donbass seine Opposition gegen Erhöhungen staatlich kontrollierter Konsumgüterpreise. Doch die Organisatoren luden die fanatisch antikommunistischen Kalten Krieger von der Gewerkschaftsbürokratie der amerikanischen AFL-CIO zum Kongreß ein. Jahrzehntlang haben die AFL-CIO-Führer den Aufbau des riesigen Atomwaffenarsenals des Pentagon unterstützt, das auf die sowjetischen Werktätigen zielt; ebenso handelten sie als Agenten des CIA und unterstützten die Todesschwadron-Regime in Mittelamerika.

Ein ähnlicher Widerspruch trat zu Tage bei einer Konferenz von unabhängigen Arbeiterorganisationen, die Anfang Mai im Kusbass abgehalten wurde und auf der die Konföderation der Arbeit gegründet wurde. Ein Banner im Versammlungssaal lautete: „Die ganze Idee des Kommunismus muß ein für alle Mal sterben“ (*Financial Times*, 5./6. Mai). Ein Redner auf der Konferenz, der hervorgehoben wurde, war Nikolai Trawkin, der nicht nur „das kommunistische Monster“ anprangerte, sondern auch „sozialistische“ und „egalitäre“ Prinzipien verurteilte. Doch ein Delegierter der Volksfront von Tscheljabinsk im Ural sprach in einer Sprache, die der des Trotzismus sehr nahekommt:

„Die Russische Revolution war ein historischer Schritt vorwärts, doch die Bürokraten usurpierten die Macht. Wir stehen jetzt an der Schwelle zu einer neuen politischen Revolution. Doch diese wird nicht gelingen ohne die Arbeiterklasse als ihre führende Kraft...“

Wir müssen die Kräfte vereinigen, die für Sozialismus sind.“ (*International Viewpoint*, 18. Juni)

Wie erklärt man die krassen Widersprüche in der gerade flügge gewordenen sowjetischen Arbeiterbewegung? Sowjetische Arbeiter wollen den übriggebliebenen Schutz einer kollektivierten Wirtschaft verteidigen, aber sie machen die selbsternannte kommunistische Obrigkeit für den wirtschaftlichen Schlamassel verantwortlich. Gleichzeitig sind sie so mißtrauisch gegenüber stalinistischer Propaganda, daß sie Berichte über gewaltsame Klassenunterdrückung, Armut und Not in der westlichen kapitalistischen Welt nur für eine Apologie ihrer eigenen Not halten. Eine trotzkistische Partei in der UdSSR, die verbunden ist mit kommunistischen Kämpfern im Westen, könnte die Widersprüche und Illusionen überwinden, in denen sowjetische Arbeiter jetzt verfangen sind.

Die Masse der sowjetischen Intelligenz, zum größten Teil die privilegierten Kinder stalinistischer Bürokraten, ist zutiefst feindlich gegenüber dem Proletariat, da es ihrem Wunsch, wie westliche Yuppies zu leben, im Wege steht. Gleichzeitig erkennen sie, daß die verzweifelte wirtschaftliche Lage die Arbeiter zu einer Art Explosion treibt. Die raffinierteren Elemente der prowestlichen Intelligenz versuchen, die Arbeiterbewegung durch sozialdemokratische Versprechungen und Rhetorik zu beeinflussen.

Ein Kandidat dafür, den „Sozialismus“ in dieser konterrevolutionären Formel zu liefern, ist Boris Kagarlitzki, der

von der westlichen Linken allgemein gefeiert wird. Eigentlich ist er ein Sozialdemokrat wie von der Stange. Kagarlitzki versucht, „Selbstverwaltung“ als eine Alternative zur zentralen Planung sowie zum Kapitalismus des „freien Marktes“ zu verkaufen. Mit seiner Gruppe lose verbunden ist die Marxistische Plattform der KPdSU, deren „Hauptidee ... Arbeiterselbstverwaltung“ ist. (*International Viewpoint*, 18. Juni)

„Selbstverwaltung“ ist ein oft mißbrauchter und sehr verworrener Begriff. Sicherlich sollten Arbeiter großen Spielraum dabei haben, die interne Organisation ihres Unternehmens zu bestimmen. Sie sollten das Recht haben, ihre Leiter zu wählen und darüber zu entscheiden, wie ein bestimmter Teil der Investitionen eingesetzt wird. Selbstverwaltung jedoch wird gewöhnlich in der Bedeutung gebraucht, daß bestimmte Gruppen von Arbeitern das *exklusive Recht* haben, über das Produkt des jeweiligen Betriebs, Bergwerks, Ölfelds usw. zu verfügen. In anderen Worten: Arbeiterräte hätten vergleichbare Rechte wie Eigentümer in einer kapitalistischen Gesellschaft. Eine solche Vorstellung, die auf Proudhon zurückgeht und *nicht auf Marx*, ist eine Entstellung des Sozialismus.

Nach sechs Jahrzehnten repressiver stalinistischer Herrschaft setzen sowjetische Arbeiter die zentrale Planung mit bürokratischer Kommandowirtschaft und Willkür gleich. Doch wenn die Bürokratie von der politischen Macht ent-

fernt wird und durch eine Regierung der Arbeitersowjets ersetzt wird, ist zentrale Planung und Wirtschaftslenkung der *einzige Weg*, wie die Arbeiterklasse die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verteilung der begrenzten Mittel auf verschiedene Bedürfnisse *demokratisch* bestimmen kann. Gleichzeitig kann zentrale Planung nur dann effektiv zu konzentrierter und schöpferischer Leistung anspornen, wenn die Masse der Arbeiter weiß, daß sie für sich und ihre Kinder eine sozialistische Zukunft aufbauen.

Wie die Plattform der trotzkistischen Linken Opposition 1927 feststellte:

„... verbinden wir unsere grundlegenden historischen Berechnungen mit der kommenden Entwicklung der proletarischen Weltrevolution. Ihr Sieg in verschiedenen führenden Ländern wird den Ring der kapitalistischen Einkreisung zerbrechen und uns von unserer schweren militärischen Last befreien. Sie wird uns gewaltig auf dem Gebiete der Technik stärken, unsere ganze Entwicklung in der Stadt und auf dem Lande, in den Fabriken und Schulen beschleunigen. Sie wird uns die Möglichkeit geben, wirklichen Sozialismus zu schaffen — das heißt eine klassenfreie Gesellschaft, aufgebaut auf einer höchst entwickelten Technik und auf einer wirklichen Gleichheit aller ihrer Mitglieder in der Arbeit und im Genuß der Arbeitsprodukte.“

Nach Workers Vanguard Nr. 506, 13. Juli

Rettet Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 2

als auch Gysi ihre Unterstützung. Die Erklärung der SpAD-Sprecherin Renate Dahlhaus, die sie über diese Zeitungslüge vor über 1200 Konferenzteilnehmern abgab, drucken wir nachstehend ab. Diese Erklärung wurde als Protestbrief am 8. Juli ans *ND* und an die anderen Zeitungen geschickt, die sich jedoch bisher weigerten, den Brief zu veröffentlichen. Nach dem Spartakist-Redebeitrag auf der Konferenz kamen viele Konferenzteilnehmer zu uns, um sich den PDS-Mitgliedern anzuschließen, die trotz *ND* gegen die Hinrichtung von Jamal protestiert und zur Kampagne gegen den „legalen“ Lynchmord beigetragen hatten.

Die Unterstützung wächst täglich und zieht immer weitere Kreise. Bisher sind über 20 000 Unterschriften gesammelt worden. Die internationale Organisation der Journalisten, deren Sitz in Prag ist, hat im Namen von 260 000

Journalisten in 120 Ländern einen Protest an Gouverneur Casey geschickt. In Mexiko verabschiedeten die Lehrer von der Stadt Mexiko einstimmig eine Resolution, die Jamals Freiheit fordert. Aus Polen sind Listen mit 100 Unterschriften aus dem ganzen Land eingegangen.

In den Solidaritätsgrüßen aus seiner Todeszelle in Huntingdon sagte Jamal: „Eure internationale Stimme des Protests wird zu einem süßen Lied der Hoffnung für die Tausenden von uns in den USA, die am Rande des Todes stehen. Es ehrt mich, daß ich mich euch und diesem edlen Kampf anschließen kann.“

Rettet Mumia Abu-Jamal! Stoppt die rassistischen „legalen“ Lynchmorde! Weg mit der Todesstrafe! Schließt euch unserer Kampagne an, schreibt an das KfsV, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11, Tel. (0 40) 32 36 44, in Berlin (0 30) 4 92 78 66. Spendet auf das Konto: Werner Brand, KfsV, BfG Hamburg, Kontonummer 250 110 930 0, BLZ 200 101 11, Stichwort: „Rettet Mumia Abu-Jamal“.

Spukt Ulbricht in der ND-Redaktion?

Zur Lüge von Neues Deutschland, Berliner Zeitung und Junge Welt, — im Geiste des Alt-Stalinisten Walter Ulbricht —, daß Hans Modrow mit den Protesten gegen die Todesstrafe und zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal „absolut nichts zu tun“ gehabt hätte, machte die SpAD-Sprecherin auf der PDS-Konferenz am 8. Juli folgende Bemerkungen:

„Eines Tages in Ostdeutschland, DDR, haben zwei nette, aber willensschwache PDSler, die eine ‚nettere, sanftere‘ Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen imperialistischen Nachfolger des Dritten Reichs haben wollten und als Ausverkäufer bekannt sind, einen anständigen und menschlichen Akt im Sinne der Arbeiterklasse unternommen, der sogar internationalistisch war. Sie unterstützten die Protestdemonstration gegen die Hinrichtung des amerikanischen schwarzen Kämp-

fers und Intellektuellen Mumia Abu-Jamal in Pennsylvania, USA. Als diese Tat veröffentlicht wurde, sagte *Neues Deutschland*, ein Organ ‚vollständiger und tiefgehender Wahrheit‘, daß sie keine solche Sache getan hätten und in Wirklichkeit nur besonders ekelhafte Beispiele einer verrotteten Kapitulation vor dem Kapitalismus seien.

Modrow hat seinen Namen unter diese Demonstration gesetzt. Gysi hat diese unterstützt. Und *Neues Deutschland* lügt, nicht zum letzten Mal. Leo Trotzki sagt, wenn jemand in kleinen Dingen lügt, wird er auch in großen Fragen lügen. Das neue Vierte Reich versucht mit jeder Möglichkeit, die jetzigen und ehemaligen Mitglieder der SED/PDS zu kriminalisieren. Kapitulation und Lügen verstärken nur diese wütende Hexenjagd. Mitglieder und Anhänger der PDS und alle Sozialisten in Deutschland müssen durch diesen Vorfall alarmiert sein. Eine solche Geschichte muß alle Alarmglocken zum Klingen bringen.“

Gorbatschow...

Fortsetzung von Seite 1

wiederholen.“ Ein weiterer Sowjetbürger klagte: „Es ist eine Sache, den Kalten Krieg verloren zu haben. Aber wir wollen nicht das Gefühl haben, daß wir den Zweiten Weltkrieg auch noch verloren haben.“

Derzeit wird die unmittelbare Bedrohung für die Sowjetunion von der Expansion des deutschen Kapitals ausgehen. Außenminister Genscher rechtfertigte den Alleingang, mit Moskau ein Abkommen auszuhandeln, mit der Bemerkung: „Die Russen wissen sowieso, daß wir die Hauptzahler sind (Der Spiegel, 16. Juli). Aber letzten Endes muß eine imperialistische Wirtschaftsexpansion militärisch verteidigt werden. Nachdem Kohl schließlich die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, und nachdem ganz Deutschland in die NATO einbezogen wird, sagte er über diese „Verschiebung zum Westen“: „Dadurch entsteht in Richtung Osten ein gewisses Vakuum.“ Und wer wird dieses „Vakuum“ füllen?

Erwartungsgemäß ist der Wiederaufstieg Deutschlands als Großmacht seinen eigenen Verbündeten gegen den Strich gegangen. Thatchers Kabinettsmitglied Nicholas Ridley rief einen diplomatischen Sturm hervor, als er über ein „deutsches Komplott mit dem Ziel, ganz Europa zu übernehmen“, wettete (und die Franzosen würden sich wie „Schoßhündchen der Deutschen“ verhalten). Die Ridley-Affäre erzeugte einen Eklat darüber, „Das Unaussprechbare über die Deutschen auszusprechen“ (so der Titel eines Interviews mit ihm im *Spectator* am 14. Juli) – wenigstens nach außen hin. Doch Kohls Punkt, als er die Übereinkunft mit Gorbatschow als bilaterales Abkommen bekanntgab und nicht als Teil der sogenannten „Vier-plus-zwei“-Gespräche entging niemandem. Das Unwohlsein des Weißen Hauses hat die *New York Times* (18. Juli) mit der pikanten Schlagzeile wiedergegeben: „Bush erklärt, er fühle sich nicht ausgeschlossen von Gorbatschow und Kohl“.

Wohin geht die DDR?

In den letzten sechs Monaten arbeitete der Kreml aktiv daran mit, die Ergebnisse der Siege der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg wieder rückgängig zu machen. Tatsächlich setzt der Handel mit Kohl nur noch die I-Punktchen darauf, daß Gorbatschow letzten Februar die Zustimmung gab zu Westdeutschlands Ziel, die DDR zu annektieren. Die damals regierende PDS hat sich nach dem Kreml gerichtet und bei Kohls Marsch auf die Währungsunion eingelenkt. Dies bahnte dem Sieg des Vierten Reichs bei den Volkskammerwahlen am 18. März den Weg. PDS-Ministerpräsident Modrow schloß sich Kohl und den schlimmsten großdeutschen Nationalisten an, als er verkündete: „Deutschland, einig Vaterland“.

Die Deutsche Demokratische Republik war, wie wir Trotzisten es bezeichnen, ein deformierter Arbeiterstaat. Das heißt, während die Grundlage der Wirtschaft das kollektivierte Eigentum der proletarischen Herrschaft war, lag die politische Macht in den Händen einer engstirnigen, konservativen Bürokratie, deren Politik in Stalins nationalisistischer Doktrin vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ – oder, im Fall der DDR, in einem halben Land – zusammengefaßt wurde. Statt zu versuchen, die sozialistische Revolution weltweit auszuweiten, wie es die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale unter Lenin und Trotzki getan haben, wollten die ostdeutschen Stalinisten unter Ulbricht und Honecker den Kapitalismus abwehren durch rein militärisch/administrative Maßnahmen, verkörpert durch die Berliner Mauer. Nach vier Jahrzehnten, in denen die billigen Waren des Kapitalismus

Wührarbeit leisteten, markierte der Zusammenbruch des Honecker-Regimes endgültig den Bankrott des Stalinismus.

Als am 1. Juli der Staatsvertrag zwischen BRD und DDR in Kraft trat, ging die wirtschaftliche Kontrolle der DDR in die Hände der Kapitalisten über. Nicht nur kontrolliert die Bundesbank die Währung, auch werden die noch nicht in Kapitalgesellschaften umgewandelten verstaatlichten Betriebe von einer „Treuhandaanstalt“ geführt, die die Gewinne einbehält und im Interesse der Kapitalisten verteilt (und damit einige Betriebe attraktiv macht für Aufkäufe zu Schleuderpreisen und andere zumacht). Deshalb unterliegen die Arbeiter der DDR jetzt der gleichen Ausbeutung wie die Arbeiter in der BRD. Zwar ist ein hoher Prozentsatz der Betriebe noch verstaatlicht, doch sie operieren jetzt im Interesse des Kapitals, deshalb gibt es keine kollektivierte Wirtschaft mehr.

Die Zerstörung des ostdeutschen Arbeiterstaats stellt eine ernste Niederlage dar für die internationale Arbeiterklasse, und die Arbeiter in der DDR beginnen jetzt, die schrecklichen Auswirkungen am eigenen Leib zu spüren. Frauen sind unter den ersten, die es trifft: Kindertagesstätten werden geschlossen, Schwangere und Frauen im Mutterschaftsurlaub gefeuert, und das Recht auf Abtreibung ist unter Beschuß. Auch die 150 000 ausländischen Arbeiter, die unter Vertrag arbeiten, werden zur Zielscheibe gemacht: Viele sind schon gefeuert worden, und inzwischen nehmen die faschistischen Angriffe auf mosambikanische und vietnamesische Arbeiter immer mehr zu. Die gesamte Arbeiterbewegung muß für ihre Verteidigung mobilisiert werden, denn die Kapitalisten haben alle Werktätigen im Fadenkreuz. Sie wollen ihre Profite steigern und die annektierte DDR in ein Billiglohnland verwandeln.

Jetzt läßt PDS-Vorsitzender Gregor Gysi Gorbatschows jüngste Kapitulation hochleben und verweist auf Westdeutschlands Verzicht auf ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische), auf die Begrenzung der Truppenstärke und auf die Anerkennung der polnischen Grenze. Dies wird etwa so effektiv sein wie der Kellogg-Pakt 1928, der dem Krieg als „Instrument der nationalen Politik“ abschwor. Diese Fetzen Papier haben den Zweiten Weltkrieg wirklich nicht verhindert. Noch haben „Vertragsverpflichtungen“ Hitler davon abgehalten, die Wehrmacht 1936 ins „entmilitarisierte“ Rheinland zu schicken. Genausowenig wird Kohls Versprechen, keine Atomwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu stationieren, dieses „atomwaffenfrei“ machen. Und Hitler erkannte nicht nur Polens Grenzen an, sondern er unterzeichnete einen „Nichtangriffspakt“ mit Polen, schon 1933!

Auch Gysi appelliert an schwarz-rot-goldenen deutschen Nationalismus, wenn er eintritt für den PDS-Aufruf zu einem gesamtdeutschen Volksentscheid über die Zugehörigkeit des vereinigten Landes zur NATO. Damit landet er im gleichen Lager wie manche der schlimmsten revanchistischen Kräfte, die Deutschland als unabhängige Supermacht sehen wollen (und die jeden Kommunisten hängen würden, den sie in die Hände kriegen). Solches Gerede über einen Volksentscheid ist eine ständige Leier von PDS und liberalen DDR-Nationalisten wie Neues Forum; früher drängten sie auf einen Volksentscheid am 17. Juni über eine Verfassung, die der jetzt verschwundene Runde Tisch ausgearbeitet hatte. Diese bankrotten Stalinisten und ihre ohnmächtigen Volksfront-Kurschatten tun so, als ob der deutsche Imperialismus durch solch eine demokratische Augenwischerei eine Störung seiner Interessen ernsthaft zulassen würde.

Das Abkommen zwischen Gorbatschow und Kohl wurde kurz nach dem gerade beendeten 28. Parteitag der KPdSU abgeschlossen. Dort kriegte Gorbatschow durch seinen

klaren Sieg über die „Konservativen“ freie Hand, Kohls Linie voll zu übernehmen. Mittlerweile sind der Präsident der russischen Republik, Boris Jelzin, und die Bürgermeister von Moskau und Leningrad auf spektakuläre Art aus der Partei ausgetreten, was die Aussicht auf eine tiefgehende Spaltung in der Bürokratie erhöht.

Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime in Osteuropa ist die Sowjetunion wieder einmal isoliert, eingekreist und in Gefahr. Aber während alle Flügel des Stalinismus vor dem imperialistischen Vormarsch auf dem Bauch liegen, hat die Arbeiterklasse begonnen, ihre Autorität wieder geltend zu machen. In Polen hat es auch schon einen massiven Streik der Eisenbahnarbeiter gegen die prokapitalistische Austeritätspolitik gegeben, und das Land brodelt vor sozialer Unzufriedenheit.

Seit dem Inkrafttreten der Währungsunion ist in der DDR kaum ein Tag vergangen ohne bedeutende Streiks. In der SU ließen die Bergarbeiter, die schon letzten Sommer ihre Macht durch einen Streik gezeigt hatten, mit einem eintägigen Proteststreik am 11. Juli wieder ihre Muskeln spielen. Die Führer der Bergarbeiter scheinen allerdings unter dem Einfluß von prokapitalistischen Demagogen wie Jelzin und Co. zu stehen. Jetzt gehen die Kämpfe der Arbeiter im ehemaligen sowjetischen Block in alle nur erdenklichen Richtungen. Eine klare Klassenführung ist

notwendig, um den Weg zu zeigen zur Wiederschmiedung der historischen revolutionären Einheit des deutschen, polnischen und sowjetischen Proletariats.

Der Bankrott der stalinistischen Lüge vom „Sozialismus in einem Land“ ist endgültig bewiesen, und damit geht auch die Bürokratie, deren Ideologie in dieser Formel verkörpert ist, den Bach runter. Aber authentischer Kommunismus bringt die Interessen der internationalen Arbeiterklasse zum Ausdruck, und er wird in jeder ernsthaften Klassenschlacht wiederbelebt. Von Korea und Südafrika bis Osteuropa gilt: der Klassenkampf lebt.

Das Gespenst eines Vierten Reichs macht klar, daß die Zeit für die Menschheit knapp wird. Wenn die Zivilisation nicht durch die nukleare Vernichtung eines weiteren Weltkriegs ausgelöscht werden soll, muß die Arbeiterklasse eine leninistisch-trozkistische Avantgardepartei schmieden, die in der Lage ist, das imperialistische System von Krieg und Ausbeutung hinwegzufegen. Wie Trotzki vor fast 60 Jahren in seinem Aufsatz über „Der Klassencharakter des Sowjetischen Staats“ (Oktober 1933) schrieb: „Das Problem der Weltrevolution wie das Problem der Sowjetunion lassen sich auf ein und dieselbe kurze Formel bringen: *Vierte Internationale!*“ Der Schlüssel dazu ist der Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale. ■

Austritt aus PDS...

Fortsetzung von Seite 5

freiwillig und kampfflos aufgegeben, sondern diesen Ausverkauf mit Modrows „Deutschland einig Vaterland“, nachdem Gorbatschow grünes Licht gegeben hat, sogar begonnen und öffentlich herausgeschrien. Jetzt droht die Entstehung eines Vierten Reichs. Die PDS sieht ruhig und gelassen zu, wie dadurch Hungerlohn, Massenarbeitslosigkeit, Ausländerhaß, Rassismus, Antisemitismus und Faschismus auf uns zukommt. Die Anfänge konnten wir bereits erleben. Der Appetit des imperialistischen Monopolkapitals wird durch die „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ (jedes einzelne Wort ist ein Witz) nur größer. Jedem nur gering gebildeten Menschen drängt sich der Vergleich zu den Vorkriegsjahren bis 1933 auf ...!

Die Schändung des sowjetischen Ehrenmals stellte eine schistische Provokation dar. Die Spartakisten haben aufgerufen, am 3. Januar 1990 eine machtvolle, antifaschistische Mobilisierung zu organisieren, was von der SED/PDS aufgegriffen wurde. Mit 250 000 Teilnehmern war es die größte, antifaschistische, prosowjetische und prosozialistische Demonstration Deutschlands im Gegensatz zu den prokapitalistischen Demonstrationen wie z. B. Leipzig. Als Reaktion darauf folgte eine bürgerliche antikommunistische Hetzjagd gegen den Prügelknaben Stasi, unter solchen Losungen wie „Der Stasi-Trick der SED“. Davor hat Gregor Gysi kapituliert und jeden Versuch aufgegeben, die Massen gegen den Drang der kapitalistischen Wiedervereinigung zu mobilisieren.

Seitdem hat die PDS immer wieder versucht, sich in den Augen der Bourgeoisie und der Handlanger der SPD zu rehabilitieren. Dafür hat Gysi auch erklärt, daß die PDS nicht zusammenarbeitet mit Leuten, die für „Arbeiterräte an die Macht“ eintreten. Die PDS trat für eine sanfte Wiedervereinigung ein. „Wir sind ein Volk!“ „Ja zu 1:1!“ Mit diesem Slogan ist die PDS in den Wahlkampf getreten. Nach dem Motto: der Kapitalismus ist nicht zu verhindern, aber wenn er da ist, können wir ihn ja verbessern. Dagegen haben die Spartakisten ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft. Bisher hat die Bourgeoisie einiges zur Liquidierung der PDS versucht,

denn es gibt für sie keinen Platz im Vierten Reich. Die SPD (Vogel/Lafontaine), als Bluthunde der Deutschen Bank, schreien nach Enteignung von PDS und FDJ. Das ist ein Angriff gegen alle linken Kräfte. Nochmals gehen 65 000 auf die Straße, um gegen diese antikommunistische Hexenjagd zu demonstrieren. Abermals haben unsere Irreführer nichts entgegengesetzt und wollen sogar noch mithelfen. Gysi hat auf dieser Kundgebung wieder zur Zusammenarbeit mit der SPD aufgerufen. Das Kapital versucht, eine antikommunistische Säuberung des öffentlichen Dienstes durchzusetzen, die sich nicht nur gegen die Linke, sondern auch gegen Gewerkschaftsinteressen richtet, und die PDS-Führung macht da mit, obwohl es gegen ihre eigenen Mitglieder geht. Als Krönung ist es eine Schande mitanzusehen, wie das *Neue Deutschland* im *Bild*-Zeitungstil an der Hetzkampagne gegen die ehemaligen RAF-Mitglieder teilnimmt.

Nun gibt es die Kommunistische Plattform, in der ich aktiv tätig war. Aber ist ihre Politik eine Antwort auf den sozialdemokratischen Verrat der PDS? Nein! Die einzige kommunistische Sache an der Plattform ist ihr Name. Fred Beuchel schreibt im Dokument der KP/PDS vom 21. 5. 1990: „Die Kommunistische Plattform hat von Anfang an erklärt ..., daß wir die PDS nicht kommunistisieren wollen, sondern eine solche PDS anstreben, die in ihrer Programmatik und Politik verschiedene weltanschauliche Ansätze aufnimmt, die Synthese bewußt will.“

Was die PDS will, ist nicht eine Einheitsfront im Sinne von Lenin und Trotzki, also getrennt marschieren und vereint schlagen, eine Einheit in der Aktion, sondern die verschiedenen Parteien auf einem möglichst niedrigen Programm zusammenzubasteln. Das ist eine Pseudoeinheit, bei der die verschiedenen Programme vermischt und verwässert werden sollen.

Während Gysi seine Dienste dem Kapital anbietet, indem er sagte, man kann nichts gegen den Einzug des Kapitalismus tun, hätte man darangehen müssen, eine wirkliche leninistische Avantgardepartei aufzubauen, die in der Lage ist, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen und die Kämpfe der Arbeiter zum Sieg zu führen. Die Zweite Internationale, als Arbeiterinternationale, ist un-

Fortgesetzt auf Seite 14

Austritt aus PDS...

Fortsetzung von Seite 13

tergegangen, weil die Reformisten und die Revolutionäre zusammengeblieben sind. Mit Lenin frage ich: Einheit mit wem? Für was? Gegen was?

Nachdem die Zweite Internationale die Arbeiter verraten hat und unfähig war, gegen den Kapitalismus erfolgreich zu sein, haben die Bolschewiki die Dritte Internationale gegründet, um der Weltrevolution eine Perspektive zu geben. Es war Stalin und seine bürokratische Kaste (mit Bucharin, dem Liebling der KP/PDS), die dann die Theorie vom „Sozialismus in einem Lande“ aufgestellt hat. Wohin uns diese Utopie zusammen mit ihren Ausgeburten „friedliche Koexistenz“ und Volksfront gebracht hat, müssen wir jetzt täglich am eigenen Leibe erfahren. Die PDS will zurück zu Kautsky und Bernstein, den Kapitalismus reformieren, sich der Bourgeoisie anbiedern, ein Bündnis mit ihren „fortschrittlichen“ Kräften eingehen, das Proletariat entwaffnen und den Verrat von 1914 wiederholen. Diese Politik hat in China 1927 Blut von tausenden Arbeitern und Bauern fließen lassen. Stalin und seine Helfershelfer haben mit dieser Politik die Arbeiterrevolution in Spanien zerschlagen. 1941 hat diese Politik die Sowjetunion an den Rand des Untergangs gebracht: der Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion hat 20 Millionen Tote gekostet. In der Folge der Zerschlagung des Hitlerregimes entstanden die DDR und andere deformierte Arbeiterstaaten, und die stalinistische Bürokratie wurde als Kopie übernommen. Die Enteignung der Kapitalisten war ein fortschrittlicher Akt, Stalin wollte aber seine Politik der „friedlichen Koexistenz“ durchsetzen, und als das nicht funktionierte, wurden die „Pufferstaaten“ installiert. Das war kein revolutionäres Ziel. In diesem Sinne ist auch Gorbatschows Politik kein Bruch mit dem Stalinismus, sondern wiederum nur ein Versuch, den Imperialismus zu beschwichtigen.

Es war ein progressiver Akt, als das Breschnew-Regime entschieden hat, die Rote Armee nach Afghanistan einmarschieren zu lassen, um die Errungenschaften wie z. B. Aufhebung der Schleierpflicht für Frauen, Alphabetisierung für alle usw. gegen die von der CIA bezahlten Contras zu verteidigen. Unter dem Druck der unbeschreiblichen Hetzkampagne der Medien des Imperialismus hat dann aber die Führung klein beigegeben und hat ihre Truppen zurückgezogen und damit das Land Mördern und Imperialisten überlassen. Es ist aber besser, den Imperialismus in Af-

ghanistan zu bekämpfen und seinen Vormarsch in Deutschland zu stoppen, als in der Sowjetunion selbst.

Gorbatschow versucht mit seiner Perestroika-Politik, eine Marktwirtschaft aufzubauen, was nationale Konflikte in der ganzen Sowjetunion provoziert. Dadurch wird nicht nur die kapitalistische Restauration der baltischen Länder gefördert, sondern auch die wachsende Gefahr des Faschismus (Pamjat) heraufbeschworen. Das Land der Oktoberrevolution, wo die einzige siegreiche proletarische Revolution geführt wurde, ist in Gefahr. Der Stalinismus hat das Land in die Gefahr der kapitalistischen Restauration getrieben.

Ähnliche Entwicklungen sind schon in Polen seit Jahren durch die konterrevolutionäre Politik von Solidarność zu beobachten. Die Auswirkungen von Marktwirtschaft und IWF-Austerität können wir jetzt in den Straßen Polens sehen: Schlangen vor Suppenküchen in allen großen Städten Polens. Die hier entstandenen Probleme wird nicht der Kapitalismus lösen, sondern die Kraft der Arbeiter Polens, Deutschlands und der Sowjetunion, für deren Einheit Rosa Luxemburg immer gekämpft hat. Das Problem der PDS ist, daß sie vor der kapitalistischen Wiedervereinigung kapituliert hat. Es ist nationalistische/stalinistische Politik, nur die „kleine DDR“ zu sehen und nicht die internationale Arbeiterklasse zu beachten. Und genau das eben fordern ein trotzkistisches Programm, worauf sich die Spartakisten berufen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands als deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) hat mich über den Weg Trotzki zu den Lehren von Marx und Lenin zurückgebracht und mir eine Alternative zur nationalistischen und sozialdemokratischen Politik der PDS aufgezeigt. Nur auf der Grundlage eines Programms wie das „Übergangsprogramm“ von Trotzki kann eine wirkliche, leninistische Avantgardepartei errichtet werden, die erforderlich ist, um die Arbeiterklasse zum Sozialismus zu führen. Dieses Programm verfolgt die SpAD.

Jetzt, wo die Arbeiterklasse die Auswirkungen des Ausverkaufs zu spüren bekommt und bereit ist zu kämpfen, ist eine revolutionäre Führung nötiger denn je, und ich möchte Teil dieser Führung sein. Als Kommunist mit revolutionärem Blut, als wirklicher Internationalist habe ich in einer den Kapitalismus reformierenden Partei nichts mehr verloren und erkläre hiermit den Austritt aus der PDS.

Ralf N., Kreis Ueckermünde, 2. Juli 1990

KONTAKTADRESSEN

SpAD
Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Tel.: (0 30) 4 92 78 66

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

U. Nündel
Postamt 25
Postlagernd
Leipzig 7025

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 32 36 44

SpAD
c/o Kultur- u.
Tagungszentrum
Raum 30
Leninallee 70
Halle 4020
Tel.: Halle 29055

SpAD
HPA Rostock
Postlag. 01
Rostock 2500

SPARTAKIST

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,—
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name

Adresse

Telefon

Sp 74

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt Berlin, DDR
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

Offener Brief an die „Regierung der DDR“, den Treuhänder für die Bundesbank

Berlin, den 12. Juli 1990

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ende Juni erhielten wir einen undatierten Brief von einer „Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR“. Darin wird verlangt, daß die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bis zum 28. Juni 1990 ihre finanziellen Unterlagen aushändigt und sich dem „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Parteien“ vom 31. Mai 1990 unterwirft. Dieses Gesetz verlangt, daß Parteien ihre Bankkonten, Mietverträge sowie das übrige Eigentum und Vermögen freigeben zur Überprüfung, Kontrolle und Verwahrung durch die Regierung der einstigen DDR; sie sollen ihr Vermögen der oben erwähnten Regierung in „treuhänderische Verwaltung“ geben – eine Regierung, die am 1. Juli bis auf den äußeren Anschein zu existieren aufhörte. Wir weisen diesen sinistren bürokratischen Wahnsinn zurück und erklären, daß wir uns weigern, ihm Folge zu leisten.

Die heutige DDR-Regierung ist ganz klar eine Fraktion des westdeutschen kapitalistischen Imperialismus. Sie hat unsere trotzkistische Organisation aufgefordert, unser Vermögen einer verschwindenden Regierung auszuhändigen. Und dies von den angeblich rechtmäßigen Nachfolgern eines Staates, von dem wir vor dem Sturz Honeckers bestenfalls fabrizierte Anklagen, Gefängnis bzw. Verbannung (siehe den Fall des Trotzlisten Oskar Hippe) hätten erwarten können. Welch ein Hohn! Wir, die ersten Opfer des Stalinismus, sagen einfach „Nein!“ zu dieser Kampagne der Enteignung und politischen Repression.

Alle Länder, die auch nur so tun, als ob sie Bürgerrechte hätten, erkennen formal an, daß das Recht auf politische Vereinigung unverletzlich ist, und versuchen, die Eingriffe ihrer politischen Polizeiorgane zu verbergen. Unsere Partei hat sich immer prinzipiell geweigert, sich um staatliche Subventionen zu bewerben oder sie anzunehmen. In Westdeutschland machen solche Subventionen etwa 30 Prozent oder mehr vom Einkommen der größeren Parteien aus. Die regierenden Parteien im Osten, die jetzt die Anwendung dieses Gesetzes verlangen, wurden ganz und gar vom deutschen Imperialismus gekauft, um die Wahlen vom 18. März zu gewinnen und zu Nutz und Frommen des Weltimperialismus die Regierung zu übernehmen.

Das „Änderungsgesetz“ begnügt sich noch nicht einmal mit konterrevolutionärer Rache; die beabsichtigten Auswirkungen gehen klar über die unmittelbare Bedrohung der Rechte und Handlungsfreiheit von uns und anderen hinaus. Es ist ein Riesenschritt in die Richtung, durch Hexenjagd jeden (sogar Künstler!) zu

kriminalisieren, der jemals mit der SED/PDS oder dem FDGB in Verbindung stand. Es schlägt der unersättlichen Bourgeoisie von Auschwitz den Weg frei, auf „legale“ Weise Fabriken und Zeitungen im Osten zu klauen; und in ihrem Kielwasser schwimmen die einstigen Eigentümer, die nach den Wohnungen der werktätigen Bevölkerung und ihren Kulturzentren lechzen. Wir weigern uns unnachgiebig, auch nur irgendetwas damit zu tun zu haben.

Schon in einer Protesterklärung vom 1. Juni an die Präsidentin der Volkskammer brandmarkte die SpAD Bonns Quislinge und ihre Ermächtigungsgesetze (das Nazi-Gesetz von 1933 ermächtigte Hitler u. a., die politischen Parteien zu enteignen), die „jegliche Opposition zum Schweigen bringen [wollen], bei ihrem Vorstoß für ein Viertes Reich, indem sie drastische Polizeistaatsmaßnahmen verhängen, die sie dem Dritten Reich entnommen haben“.

Wie können Sie es wagen, diese Kommission der Volkskammer einzurichten, um zu kontrollieren, was eine Organisation mit ihren Mitgliedsbeiträgen macht! Tatsache ist, daß die Beiträge, die der SED/PDS in den letzten viereinhalb Jahrzehnten bezahlt wurden, wahrscheinlich deren gegenwärtige Vermögenswerte übersteigt. Und wir wissen, was dann kommt. Es gibt Berufsverbote, die nach Belieben gegen die Millionen von Mitgliedern und Ex-Mitgliedern der SED/PDS verallgemeinert werden sollen und gegen jeden, der Widerstand leistet. Wir erinnern uns an Stammheim; wir fragen uns noch heute, wie vor ein paar Jahren die RAF-Führungsmitglieder es geschafft haben können, in einem Hochsicherheitsgefängnis ein Attentat gegen sich selbst zu verüben.

Die Linke muß die Enteignungskampagne der Regierung durch Einheit in der Aktion verhindern

Die SPD, Bauherr von Stammheim, war auch Urheber und treibende Kraft für dieses Gesetz. Wir rufen auf zu demonstrativer, massenhafter Zurückweisung dieses Gesetzes; wir rufen alle proletarischen und linken Organisationen sowie alle, denen die Bürgerrechte am Herzen liegen, dazu auf, unserem Beispiel zu folgen. Wir rufen sie dazu auf, Stellung zu beziehen und dazu beizutragen, die Pläne derer zu durchkreuzen, die uns dazu kriegen wollen, daß wir hinter dem kapitalistischen Trommler hermarschieren. Die ökonomischen Streikaktionen von ostdeutschen Arbeitern haben jetzt ein erstes Zeichen von Widerstand gesetzt.

Toralf Endruweit
für die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

SPARTAKIST

Sagt nein zur antikommunistischen Hexenjagd!

Linke: Wehrt Euch! Für Einheit in Aktion!

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt ab, mit dem wir uns an die Arbeiterbewegung und Linke gerichtet haben, mit der Aufforderung, in einer gemeinsamen Aktion die Offenlegung des Parteieigentums und Übergabe in „treuhänderische Verwaltung,“ an die DM-DDR-Regierung zu verweigern.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands schickte folgende Antwort (siehe Rückseite) an die „unabhängige Kommission“ über das Parteivermögen, die von uns verlangt hat, unsere Bücher offenzulegen und unser Vermögen der „Verwahrung“ der CDU/SPD-Hexenjäger zu übergeben, einer „Regierung“, die nur der Makler des Vierten Reichs ist. In diesem Brief haben wir erklärt, daß wir uns weigern, diesen empörenden Forderungen Folge zu leisten. Wir fordern alle Organisationen der Arbeiterklasse und der Linken, alle, denen an Bürgerrechten gelegen ist, dazu auf, sich uns anzuschließen und dieses Gesetz ebenfalls zurückzuweisen. Setzt Euch zur Wehr gegen diese Kampagne, deren Ziel es ist, die ehemaligen und gegenwärtigen Mitglieder der SED und PDS zu kriminalisieren und jeden Widerstand gegen den kapitalistischen Anschluß einzuschüchtern! Sagt „Nein!“

Wir sind stolz darauf, Teil der mit Kampfgeist erfüllten Demonstration von 65 000 in Berlin gegen die antikommunistische Hexenjagd und die Drohung der Enteignung der PDS gewesen zu sein, wo eine Sprecherin der SpAD forderte: „Hände weg von PDS und FDJ!“ Aber der Vorsitzende der PDS, Gysi, rief von der Rednertribüne zu einer „Allianz“ mit der SPD auf, den Bluthunden der Deutschen Bank, die dieses Gesetz durchgedrückt hat! Obwohl die Führung der PDS dieses Gesetz mit Bismarcks Sozialistengesetzen und der Enteignung der Arbeiterorganisationen durch die Nazis 1933 verglichen hat, hat sie die Zehntausenden demobilisiert, die zum Kampf bereit waren, und hat mit Gysis Ankündigung: „Wir ordnen uns demokratisch ein“, die eigene Enteignung als rechtmäßig akzeptiert! Und der Rest der DDR-Linken ist im Anschluß daran ebenfalls zusammengebrochen.

Die antikommunistische Offensive kann gestoppt werden. Wir brauchen eine wirkliche *Einheitsfront*, eine wirkliche Einheit *in der Aktion* von all den Kräften, die gegen diese sinistre Hexenjagd kämpfen wollen. Aber diese Einheit im Kampf wird gelähmt durch die sogenannte

„Einheit der Linken“: d. h. politische Einheit mit denen, die kapitulieren wollen, oder sogar mit den Hexenjägern von der SPD selbst.

„Einheit der Linken“ und Einheit der Linken *in der Aktion* sind *unvereinbar*. „Einheit der Linken“ bedeutet verrottete programmatische Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, Kapitulation vor den sozialdemokratischen Hexenjägern und ihren Satelliten vom Neuen Forum, den Grünen u. a. Einheit in der Aktion bedeutet eine Einheitsfront für einen gemeinsamen Zweck bei Freiheit der Kritik der teilnehmenden Organisationen: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ vergrößert unsere Kräfte und macht uns alle stärker.

Dies war die Basis der machtvollen antifaschistischen Mobilisierung der 250 000 in Treptow im Januar diesen Jahres. Im gleichen Sinn haben wir, die SpAD, unsere Bereitschaft erklärt, bei der Volkskammerwahl am 18. März jeder linken Organisation in den Bezirken Wahlunterstützung zu geben, in denen wir nicht kandidieren konnten, falls sie ohne Wenn und Aber ihre Opposition zur kapitalistischen Wiedervereinigung erklären. Heute geht es um die Frage von Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung des Rechts von Arbeiterorganisationen, sich zu organisieren.

Als ein Nebenprodukt dieser schreienden Kapitulation vor der Hexenjagd ist jemand in der PDS sogar soweit gegangen, den Versuch zu machen, Einheitsfront-Arbeit zur Rettung des Lebens des amerikanischen schwarzen Kämpfers und Intellektuellen Mumia Abu-Jamal zu sabotieren. Ein Lügenartikel im *Neuen Deutschland* vom 3. Juli, der es auf sich genommen hat, die Unterstützung von Hans Modrow für diese Demonstrationen zu verleugnen, ist so geschrieben, als ob Ulbricht und Honecker immer noch als Geist durch die Redaktion spuken würden.

Kompromißlose Opposition gegen die Unterwerfung unter diese inquisitorischen Gesetze ist eine Feuerprobe für Linke, so wie es die Opposition ohne Wenn und Aber zur kapitalistischen Wiedervereinigung gewesen ist. Das deutsche Proletariat hat schon begonnen, Widerstand zu leisten. Es kann und muß sich gegen die drohende Gefahr eines Vierten Reichs zur Wehr setzen. Und es wird seine Führung unter denen finden, die sich geweigert haben, vor dieser Hexenjagd in die Knie zu gehen. ■

**Offener Brief an die „Regierung der DDR“,
den Treuhänder für die Bundesbank**

Siehe Seite 15